

Küß' die Hand... 2

BILDUNGSELEND

Vom Dilemma der Bildungspolitik 4

VON FLORIAN RUTTNER UND THOMAS KÖNIG

ELENDE KORREKTHEIT

Feindbild Political Correctness 6

VON KATRIN AUER

ELENDES VOLK – ELEND DES VOLKES

Estudiar, aprender, para el pueblo defender 10

Teil 2 des Interviews zur politischen Lage in Mexico

VON KREUTZER, KOVAČIČ, SCHMID UND ZINGERLE

ZEICHEN DES ELENDS

Wer Klarinette spielt, nimmt keine Drogen 13

VON DER GRUPPE MAÑANA

AUSGESPROCHEN SPEKTAKULÄRES ELEND

Der Fetisch im Spektakel 16

Guy Debord als Gesellschaftskritiker

VON STEPHAN GRIGAT

VERGLEICHSWEISE ELENDIGLICH

Wenn Linke vergleichen 22

VON MARC ZANNONI

GEHOBENES ELEND

Idealfreier Begriffsfetischismus 25

Eine Kritik an Grigats Kritik „idealistischer Weltmarktkritik“

VON MARKUS KEMMERLING

ELENDsverwaltung

Afrikanisches Musterland? 26

Oder ist Botswana doch nur ein hoffnungsloser
„Katastrophenstaat“ am „schwarzen Kontinent“?

VON MARTIN BOLKOVAC

ARGEs ELEND

Wehrdienstverweigerung – ein Recht? 28

Was davon bleibt, ist nicht mehr viel

VON DER ARGE FÜR WEHRDIENSTVERWEIGERUNG

EHLEIWAND

Wir essen nicht mit Gabel und Messer 29

Was von der Drahdwaberl-CD „Torte statt Worte“ übrig blieb

VON THOMAS SCHMIDINGER

Impressum 3

Die Zukunft beginnt hier!

Reißverschl
zipper
ЗАСТЕЖКА

Долгостранный
straight grain
Fadenlauf



Und hier!

Großes vollfarbiges Tip-on Display (192 x 72 mm)
mit realistischer Motiv-Voransicht

rückwärtige Mitte Stoffstück
center back fold
ЗАДНЯЯ СЕРЕДИНА СТОЛБ

**Und
hier!**

Neuer F.A.S.T.
Einfädler.
Jetzt so einfach
wie nie.

Долгостранный
straight grain
Fadenlauf

Naht
seam

© dF nQ

Mit dicken Nadeln
glatt rechts gestrickt –

Долгостранный
straight grain
Fadenlauf

Liebe Leserin, lieber Leser!

Von den einschneidenden Sparmaßnahmen der Regierung zur „Erhöhung der sozialen Treffsicherheit“ sind nicht nur, aber auch, die Universitäten und ihre Studierenden massiv betroffen. Wir wollen dies nicht zum Anlaß nehmen, in das weit verbreitete Gejammer linksliberaler StudentInnen-funktionärInnen einzustimmen, die den freien Bildungszugang bedroht sehen, sondern einige grundsätzliche Fragen zur Funktion von Bildung in einem kapitalistischen Nationalstaat stellen. Eröffnet wird diese Debatte in der vorliegenden Nummer von mit einem Beitrag von zwei AktivistInnen der Basisgruppe Politikwissenschaft, von Florian Ruttner und Thomas König. In der nächsten Nummer wollen wir diesem Artikel einen längeren Beitrag von Freerk Huiskens über die Ökonomie des Bildungssektors folgen lassen.

Mit welchen Debatten sich Studierende in Lateinamerika beschäftigen, zeigt der zweite Teil unseres Interviews mit Mitgliedern des Streikrates der UNAM, der größten und wichtigsten Universität Mexikos. In dieser Fortsetzung des bereits im letzten **Context XXI** erschienenen Beitrags geht es vor allem um die Frage des Nationalismus und um die Zukunft der StudentInnenbewegung in Mexiko. Außer einem Artikel über Botswana beschäftigen sich die meisten anderen Beiträge dieses Heftes jedoch mit der Wirklichkeit des schwarzblau-regierten Österreichs und den darunterliegenden ideologischen Gebilden. Katrin Auer beschäftigt sich etwa in ihrem Beitrag mit dem „Feindbild PC“, den „Gutmenschen“ und anderen Konstrukten, die zur Zeit wieder einmal durch die regierungsnahen Presse von der Kronenzeitung bis „Zur Zeit“ geistern.

Die Gruppe mañana macht sich Gedanken über eine österreichische Wirklichkeit zwischen Blasmusik, einer ÖVP-Werbekampagne und der Verteufelung der einen wie dem Massenkonsum der anderen Drogen. Marc Zannoni beschreibt eine traurige Restlinke, die sich in genau einem Punkt kaum vom österreichischen Mainstream unterscheidet, nämlich in ihrer Holocaustverharmlosung und ihrem Antisemitismus.

Von der ARGE Wehrdienstverweigerung erfahren wir etwas über die de-facto-Abschaffung des Zivildienstes und die einzige Institution, die zur Zeit nicht sparen muß, das Bundesheer.

Abgerundet wird dieses Heft durch einen theoretischen Beitrag von Stephan Grigat über die Gesellschaftskritik Guy Debords, womit wir unsere Artikelserie über die Situationistische Internationale zu einem Abschluß bringen.

Unsere nächste Papierausgabe von **Context XXI** wird Mitte Dezember mit einem Schwerpunkt zum Thema „Menschenrechte“ erscheinen.

Zum Schluß möchte ich die Aufmerksamkeit unserer LeserInnen noch darauf richten, daß das multimediale Projekt **Context XXI** seit Ende Oktober einen fixen Sendeplatz für seine Radiosendungen hat und nun jeden Montag von 13.00 bis 14.00h auf Radio Orange 94,0 in Wien empfangen werden kann.

Ab sofort übernimmt auch Radio Helsinki aus Graz unsere Sendungen zum selben Zeitpunkt auf 92,6 MHz. Einen fixen Sendetermin soll es in Kürze auch bei Radio Fro auf 105,0 MHz in Linz geben. Bis zu Redaktionsschluß war der genaue Zeitpunkt dafür aber noch nicht fixiert.

Wer weder Radio Orange, noch Radio Fro oder Radio Helsinki empfangen kann, kann sich unsere Sendungen nach ihrer Ausstrahlung auch auf unserem dritten Medium, unserer Website im Internet (URL siehe unten) anhören.

THOMAS SCHMIDINGER
OKTOBER 2000

Context XXI

Schottengasse 3A/1/59, A-1010 Wien
Telefon ++43-1-535 11 06, Telefax: ++43-1-532 74 16
E-mail: contextXXI@mediaweb.at

Medieninhaber: Bureau N° 2 – Agentur für Kommunikation und Information **Herausgeberin:** Arbeitsgemeinschaft für Wehrdienstverweigerung, Gewaltfreiheit und Flüchtlingsbetreuung **Redaktion:** diE nOt, Manfred Gmeiner, Stephan Grigat, Elfriede Hufnagl, Markus Kemmerling, Robert Kogler, Marianne Kreutzer, Markus Pinter, Thomas Schmidinger (koordinierender Redakteur), Alexander Schürmann-Emanuel (Hereingeber der Internet-Ausgabe), Markus Zingerle und Robert Zöchling (geschäftsführender Redakteur)

AutorInnen dieser Ausgabe: Florian Ruttner, Thomas König, Katrin Auer, Henrike Kovačič, Jürgen Schmid, Gruppe mañana, Marc Zannoni, Martin Bolkovac **Titelgraphik:** diE nOt **Layout:** Kemmerling Zöchling & Partner Medien- und Informationsdienste KEG, Schottengasse 3a/1/4/59, 1010 Wien, Telefon 533 14 27-0, Telefax 532 74 16 **Hersteller:** Resch & Vana, Rosinagasse 19, 1150 Wien, Telefon 89 32 358, Telefax 89 32 358-4 **Abo:** 250,- ATS/Jahr; Förderabo: 700,- ATS/Jahr; Ausland: 350,- ATS/Jahr, Übersee: 450,- ATS/Jahr bitte für die Empfängerin *spesenfrei* überweisen oder bar zusenden. Bitte *keine Vorauszahlungen* – Rechnung abwarten **Mitgliedschaft ARGE WDV:** 500,- ATS/Jahr; ermäßigt: 350,- ATS (inkl. Abo **Context XXI**) **Konto:** 0521-07281/00 bei Creditanstalt-Bankverein (BLZ 11.000) **Context XXI** ist Mitglied der **VAZ** – Vereinigung alternativer Zeitungen und Zeitschriften.

<http://contextXXI.mediaweb.at> • Die nächste gedruckte Ausgabe erscheint am 11. Dezember

Vom Dilemma der Bildungspolitik

Bildungspolitik heute heißt offiziell dafür Sorge zu tragen, daß dem nationalen Standort genügend Eliten entspringen, die ihrerseits wiederum dafür Sorge tragen, daß der Standort selbst in Zukunft attraktiv bleibt.

VON FLORIAN RUTTNER
UND THOMAS KÖNIG*

Studierende sind diesem nationalen Konsens mehr oder weniger ausgeliefert oder treiben diesen in gar nicht so wenigen Fällen voran. Allerdings korreliert die neue Anforderung an die Bildung, vor allem an die höhere Bildung, von der hier die Rede sein soll, mit dem Umstand, daß Universitäten, als Orte der Wissensproduktion, per se eine Autonomie einfordern. Das ist ein Verdienst der bürgerlichen Aufklärung, gekoppelt mit der Erkenntnis, daß die sogenannte freie Wissenschaft immer noch die besseren Ergebnisse zu erzielen wußte denn eine eingesperrte. So entstand das Bild einer autonomen Universität.

Natürlich haben sich die Anforderungen beträchtlich verändert: eine Reihe von Fachhochschulen sorgen in Österreich dafür, daß gezieltes Technologie- und Produktionswissen vor allem an den Mann gebracht wird. Diese Facharbeiter der New Economy sind ein Teil der Elite von morgen; sie sind aber nicht deren Essenz. Forschung und Wissenschaft passieren immer noch hauptsächlich auf der Universität. Die Autonomie der Universitäten besteht in diesen Fällen dann hauptsächlich darin, sich selbst um die sogenannte Drittmittelfinanzierung umzusehen, das heißt Firmen zu finden, die diese Wissenschaft finanzieren.

Freilich: wenn wir von Wissenschaft sprechen, so sind wir genötigt, dem gesellschaftlich bedingten Schisma zwischen Natur- und So-

zialwissenschaften sogleich Rechnung zu tragen. Wenn die Universität auch letztlich der Ort bleibt, an dem Wissenschaft gelehrt wird, so zeichnen sich schon jetzt die Unterschiede ab, die in Zukunft die beiden unversöhnlichen Stränge ausmachen werden: Ist es für eine Naturwissenschaft eben qua des ihr eigenen Erkenntnisinteresses ein Leichtes, die Kooperation mit privater Seite zu suchen, liegt in den Sozialwissenschaften das Problem darin, daß entweder gesagt wird, was von Sponsorenseite aus hörenswert scheint, oder eine kritische Sozialwissenschaft, die sich buchstäblich kein Blatt vor den Mund nimmt, keine Sponsoren bekommen wird.

Hier wird nun in der Regel der Staat gefordert: Dieser hätte die (ökonomische) Unterstützung zu gewähren, wonach die Sozialwissenschaft ihre Forschung betreiben könnte. Die Universitäten, zumindest im deutschsprachigen Raum, sind bis heute auch die Plätze geblieben, an denen die kulturelle Revolution von 68 erfolgreich war und ist. Erfolgreich nämlich in dem Sinne, daß nicht nur die normativen Werte umgepolt wurden – erinnert sei an die muffige Stimmung und den elitären Charakter der Unis in der Nachkriegszeit –, sondern ein ehrgeiziges Projekt, genannt Demokratisierung, über weite Strecken durchgezogen wurde. Wenn also heute von Seiten der Universität, zumal ihrer sozialwissenschaftlichen

VertreterInnen, von Autonomie die Rede ist, dann ist damit zumeist – in aller Diffusion – dieses 68er Modell der Universität gemeint.

Dagegen hat die aktuelle Regierung, wie schon ihre Vorgängerinnen, eine andere Idee von Autonomie. Sie besteht in der Entlassung all ihrer Bringschuld und faktisch in der Verwandlung der Unis in Kapitalgesellschaften. Die Programmatik im Diskurs ist dabei nicht ohne Esprit innerhalb der neoliberalen Fassade:

1. weg von der Massenuni, weil der Grund ihrer Einführung, nämlich die Öffnung für Kinder aus armen Schichten, nie wahr geworden wäre. Tatsächlich geht es aber darum, angeblich teure Sozialtransfers abzuschaffen, denen der faule Studierende im allgemeinen Ressentiment entspricht.
2. Hierarchisierung statt Demokratisierung, weil angeblich der Verwaltungsaufwand zu groß wäre und Entscheidungen ewig verschleppt würden, es an Flexibilität mangle, etc. Tatsächlich sind die Verwaltungsapparate, die mit dem UOG 93 nun implementiert werden, so riesig und kostenaufwendig, daß keine „demokratische“ Einrichtung diesbezüglich mit ihnen konkurrieren könnte. Hier geht es darum, Verwaltung gegenüber Mitbestimmung und somit ökonomische Rationalität gegenüber politischen Einspruchrechten zu etablieren.

*) Florian Ruttner und Thomas König studieren Politikwissenschaften in Wien und sind in der dortigen Basisgruppe aktiv.

3. Förderung des Leistungsprinzips anstatt Gleichmacherei, was z.B. durch Studiengebühren wahr gemacht werden soll. Dem Schlendrian, daß Benotungen nur noch formal ausgeführt werden und daß Studierende nur nebenbei auf die Uni gehen, soll Einhalt geboten, die Attraktivität des schnellen Studierens demgegenüber angehoben werden. Tatsächlich unterliegt gerade die aktuelle Regierung sehr stark dem Glauben, daß, wer schnell studiert, auch ein besseres wirtschaftliches Leistungsprofil mit sich trägt. Das Gegenbild dieser Vorstellung, der „Bummelstudent“ wird wieder einmal Haßobjekt und Ziel der medialen Hetze. So dichtete Wolf Martin in der Krone: „Kann er nicht mehr gratis studieren/mag mancher dran den Spaß verlieren/der faul sein Studium verbummelt/und sich nur auf den Demos tummelt.“ Hier ist auch eine für den Staat angenehme Nebenwirkung des erhöhten Leistungsdrucks ausgeführt, die Reduzierung kritischen Potentials.

Aber nicht nur die Geschwindigkeit, auch das Angebot der Fächer soll sich vor den Kriterien dieses Leistungsprofils bewähren. Die abschätzige Rede von den „Orchideenstudien“, mit denen nicht direkt verwertbare Studien bezeichnet werden macht wieder die Runde, und der Finanzminister denkt schon einmal an, dort solle man „Ordnung machen“.

Diese Mischung aus Ressentiment und Ordnungsdenken macht seit einiger Zeit die Bildungspolitik der

jeweiligen Regierungen und der österreichischen Ministerialbürokratie aus. Doch von universitärer Seite steht dem nicht viel mehr gegenüber als oben skizzierte 68er-Sentimentalität, die sich allzu oft paart mit dem staatlichen Konsens, daß Leistungsträger für die Gesellschaft geschaffen werden müssen. Ja, aber wie? Daran scheiden sich dann allenfalls noch die Geister.

Nicht daß das universitäre Personal und studentische Vertretung hier in die Pflicht genommen werden sollen, selbst bildungspolitische Konzepte auszuarbeiten. Es ist schwierig genug, dem Lavierenden und der katastrophalen Politik der Bundesregierungen zu folgen und eine Kritik daran zu formulieren. Nur wäre es im Mindestmaß und bei aller Ohnmacht gescheit, diese Kritik zu formulieren, indem die Widersprüche der politischen Maßnahmen mit deren versprochener Wirkung aufgezeigt werden und die tatsächliche Intention dahinter bloßgelegt wird.

Seitdem Andreas Khol und seine KollegInnen mit dem Spruch werben gehen: „Was nichts kostet, ist auch nichts wert“, offenbart sich zumindest, wes Kind diese Bildungspolitik eigentlich ist. Zunächst zur unsäglichen Dummheit des Spruches selbst: Daß, was nichts kostet, oftmals sehr viel wert, nämlich existentiell notwendig ist, haben John Locke und Adam Smith am Anfang der bürgerlichen Wissenschaft von der Ökonomie gelehrt. Konfrontiert mit dem Problem, daß Luft und Wasser z.B. zum Leben gebraucht würden und doch keinen unermesslichen Tauschwert haben, zeigte bei diesen früh-

bürgerlichen Theoretikern die Aporien der Ökonomie, aber auch den ehrlichen Versuch, das Problem zu lösen.

Mittlerweile ist daraus reine Ideologie geworden. Ohne auch nur einen Moment anzunehmen, daß die Gegenseite zu denken in der Lage wäre, wird der Spruch, der Studiengebühren legitimieren soll, verbreitet, ja, ist bereits zum Standardslogan geworden, wo immer prinzipieller Einspruch besteht gegen die unsinnigen Gebühren. Das Totschlagargument, das hier aufgefahren wird, offenbart aber zugleich, was für ein Konzept von Bildungspolitik in der aktuellen Regierung noch übriggeblieben ist. Die zuständige Bundesministerin weiß noch zwei Wochen vor offiziellem Ministerratsbeschluß nichts; ein einfaches Parteimitglied verfügt die Einführung; Begleitmaßnahmen werden, wenn überhaupt, im Nachhinein besprochen (!); und das bud getäre Fiasko, daß die Gebühren, als Beiträge getarnt, dann steuerlich absetzbar wären, und in drei Jahren wahrscheinlich Steuerrückzahlungsforderungen in Milliardenhöhe das eben gestopfte Loch im Budget wieder aufreißen und somit ein neues Sparpaket notwendig machen werden, ist bereits absehbar.

Gegen diese Aussichten den besseren Staat als Retter ins Treffen führen zu wollen, ist illusorisch, da es die Aufgabe des staatlich organisierten Bildungswesens, die Produktion von Fachkräften für den Arbeitsmarkt ignoriert. Daß diese Regierung kein gescheitertes Konzept dazu hat, sollte nicht ermutigen, es ihr auch noch ver mitteln zu wollen. ■



„Komm Nero!“ spricht Herr Bartel ernst,
„Es wird jetzt Zeit, daß du was lernst!“

Feindbild Political Correctness

Es wäre Zeit sich über die Struktur und Funktion des „political-correctness“-Diskurses, der nicht nur von der neuen Rechten und die FPÖ betrieben wird, Gedanken zu machen.

VON KATRIN AUER*

Derzeit handelt es sich bei der Meinungsfreiheit wohl um die – von der FPÖ und ihren Regierungsmitgliedern – am meisten in Anspruch genommene demokratische Errungenschaft, deren Relevanz sie nicht müde werden zu betonen. Den Grund dafür kannte schon der intellektuelle Rechtsextremist Alain de Benoist, da Liberalismus in seinen Augen ein Gefangener seiner eigenen Prinzipien in doppelter Hinsicht sei, denn „in einer pluralistischen Ordnung (ist) die freie Konkurrenz notwendigerweise allen vorhandenen Ideologien garantiert, und die Gesellschaft kann die subversiven Ideologien nicht zur Verantwortung ziehen, ohne selbst tyrannisch zu werden (oder als tyrannisch zu gelten).“¹ Wenn das einfache FPÖ-Parteimitglied als Kärntner Landeshauptmann vor ehemaligen SS-Männern auf dem Ulrichsberg die männliche Kriegsgeneration ein weiteres Mal gegen „Tugendterroristen“² in Schutz nimmt, dann ist dies einer seiner vielen Einsätze im Kampf gegen „political correctness“. Seit Beginn der 90er Jahre soll dieses ideologische und politische Phänomen in der BRD existieren. In Österreich hat es wieder ein bißchen länger gedauert, da wurden die „politisch korrekten Gutmenschen“ erst Mitte der 90er entdeckt. Dank seiner US-amerikanischen Vorgeschichte kam der Begriff schon frauenfeindlich und rassistisch aufgeladen nach Europa, wo er begierig

von der extremen und demokratischen Rechten pauschal auf alles „Linke“ angewandt wurde. Im Zuge der allgemeinen Normalisierungs- und „neurechten“ Durchdringungsdiskurse wurde im politischen Wortschatz das Schlagwort „political correctness“ etabliert, das seither ein prägnanter Ausdruck dessen ist, welche Auswirkungen die Retorsion und Bedeutungsverschiebung von Begriffen haben kann. In kurzer Zeit wurde der Begriff „political correctness“ mitsamt seinen anti-demokratischen, antiemanzipatorischen und antiliberalen Konnotationen Teil des „selbstverständlich gewissenen, unreflektierten Alltagswissens“.³ Aus „Gerüchten, Zuschreibungen und Projektionen“ wurden „wirkmächtige politische und diskurspolitische Fakten“⁴ produziert.

Die Bezeichnung „politisch korrekt“ avancierte in der BRD und Österreich von einem Schlagwort zu einem diffamierenden Stigmawort und Feindbild. Doch üblicherweise sind Schlagwörter in den politischen und öffentlichen Diskursen umkämpft und können somit in ihrer Funktion zugleich Fahnen- und Stigmawörter sein (vgl. etwa die affirmative Verwendung der Begriffe Feminismus/Frauenemanzipation oder Antifaschismus und deren diffamierende Funktionalisierung seitens der ideologischen OpponentInnen). Die Besonderheit in der Diskursgeschichte der „political correctness“ liegt allerdings

darin, daß der Begriff nie umkämpft war und in den deutschsprachigen Debatten von Beginn an als diffamierende Fremdbezeichnung eingesetzt wurde. Somit ist das sonderbare Phänomen zu beobachten, daß die KritikerInnen der „political correctness“ auf keine GegnerInnen stießen, die sich selbst „politisch korrekt“ bezeichnet hätten, sondern sie diese erst konstruieren mußten. Ein Schritt in der Etablierung des Stigmawortes war die Chiffrierung bestimmter Inhalte und Positionen unter der Bezeichnung „pc“. Die Linke, der Feminismus sowie der Antifaschismus wurden so unter der Chiffre „pc“ pauschal und zugleich äußerst variabel subsumiert, denn gerade die Offenheit und Beliebigkeit der Fremdbezeichnung erfüllen eine wichtige Funktion. Mit Hilfe gewisser Denkbilder – wie z.B. „Zensur“, „Apartheid“, „Terror“ oder „Diktatur“ – wurden Inhalte und politische Zielsetzungen ausgeblendet und an deren Stelle ihre angebliche intolerante und totalitäre Theorie und Praxis gesetzt, indem ausschließlich Assoziationen zu solchen Denkbildern hergestellt wurden, deren negative Bewertung und Verurteilung im Alltagswissen hegemonial ist. Weiters werden in totalitarismustheoretischer Tradition linke und rechte Ideologien gleichgesetzt, um so – neben den üblichen Vergleichen von Nationalsozialismus und Stalinismus bzw. DDR – „pc“ als einen Faschismus

*) Katrin Auer studierte Politikwissenschaft/Geschichte, schrieb die Diplomarbeit zu diesem Thema und arbeitete an der Ausstellung „Wege nach Ravensbrück. Erinnerungen von österreichischen Überlebenden des Frauenkonzentrationslagers“ mit.

„mit Maske“⁵ zu bezeichnen. Somit gelingt es, jene politischen Inhalte, die dem rechten Ideologiespektrum seit jeher ein Dorn im Auge waren, unter Umgehung der prinzipiell nicht negativ konnotierten Begriffe feministisch bzw. links, zu diffamieren und dabei auch noch jene Liberalen für sich – und gegen „political correctness“ – zu gewinnen, die sich aufgrund liberaler Prinzipien am „Widerstand“ gegen solche „totalitären“ Entwicklungen beteiligen. Wie pauschalisierend – und darum effektiv – das vonstatten geht, zeigen eindrücklich die ersten Sätze aus dem Vorwort von Klaus J. Groths *Die Diktatur der Guten. Political Correctness: „Die Diktatur hat einen neuen Namen: Political Correctness. Sie ist die Herrschaft der Minderheit über die Mehrheit. Die Minderheit der Political Correctness terrorisiert mit ihrem einseitig erklärten Tugendkanon, erstickt in Deutschland die Meinungsfreiheit.“*⁶

Eine wesentliche Funktion dieses Diskurses über/gegen „political correctness“ scheint die Möglichkeit zu sein, antifeministische, sexistische, rassistische und antisemitische Äußerungen wieder tätigen zu können. Die „Dinge wieder beim Namen nennen“⁷ zu können, wird von „pc“-GegnerInnen als größtes Bedürfnis genannt. Ideologische Gegenpositionen zu „political correctness“ gelten dann nicht mehr als Ausdruck dumpfester Alltags-Rassismen und -Sexismen, sondern mutieren zu „unterdrückte(n) Wahrheiten, die auszusprechen ein Akt der Zivilcourage und Ausdruck eines unabhängigen Geistes ist“.⁸ Insbesondere rechtsextreme VertreterInnen der „Neuen Rechten“

forcieren als vermeintliche DissidentInnen hier ihre diskursiven Strategien zur Sagbarmachung des bisher Unsagbaren mit dem Ziel der Normalisierung.

Indem auch so manche Liberalen und Linken an die demokratiebedrohende Existenz der „political correctness“ glauben und in ihrer Agitation gegen diese konstruierte Gefahr zutiefst konservativ handeln und argumentieren, bereiten sie letztendlich der extremen und demokratischen Rechten das Feld. Denn eines kann ohne Zweifel festgestellt werden: „Nicht alles, was pc im Munde führt, ist gleich rechts, aber bestimmt alles, was rechts ist, führt pc im Munde.“⁹ Augenscheinlich erfüllen dieser Diskurs und das Feindbild „pc“ eine spezifische Funktion, die imstande ist, bestimmte theoretische, praktische und ideologische Bedürfnisse sowohl von Linken, Liberalen, Konservativen und extremen Rechten zu befriedigen. Manche 68er Männer – aber auch jüngere Vertreter der Linken – können sich so endgültig von ihren feministischen und linksradikalen GenossInnen distanzieren, Liberale präsentieren sich von neuem als die vernünftige Mitte, Konservative können sich wiederum vehement gegen alle GegnerInnen von Harmonie, Natürlichkeit und Gemeinschaft zur Wehr setzen und die „neue“ bzw. extreme Rechte hat sich nun ein effektives „Totschlagargument“ verschafft, als rechte Antwort auf die imaginierte „Faschismuskeule“ der AntifaschistInnen.

Die wesentlichen Funktionen des Anti-„pc“-Diskurses näher betrachtend ist

es eindeutig, wer zu den NutznießerInnen gehört und somit Interesse an der Existenz dieses Feindbildes hat. Offensichtlich profitieren jene davon, die ihre Weltsicht einfach und klar strukturieren, für komplexe Erscheinungen simple Erklärungen suchen, ihr Denken auf dichotomischen und manichäischen Strukturen aufbauen und aufgrund ihres (biologischen) Geschlechts, ihrer Herkunft (Staatsbürgerschaft, Hautfarbe, Religion), sexuellen Orientierung und körperlichen Verfassung sowie ihrer ökonomischen Stellung in den Genuss gewisser – selbstverständlich erachteter – Privilegien kommen.

Denn als elementarer Teil der deutschen und österreichischen Normalisierungsdiskurse umfasst der Anti-„pc“-Diskurs Repatriarchalisierung und Remaskulinisierung als seine entscheidenden Funktionen. Unter Repatriarchalisierung ist dabei ein allgemeiner ideologischer und politischer Prozeß der patriarchalen Homogenisierung und konservativen Restauration in jedem Sinn



„Du willst nicht? – Gut!
So hau' ich dich
mit einem Stecken fürchterlich.“

- 1 Alain de Benoist (1985): *Kulturrevolution von rechts. Gramsci und die Nouvelle Droite*. Krefeld. S. 50f
- 2 Standard 2.10.2000
- 3 Karsta Frank (1996b): *Political Correctness. Ein Stigma-wort*. In: Hajo Diekmannshenke/ Josef Klein (Hg.): *Wörter in der Politik. Analysen zur Lexemverwendung in der politischen Kommunikation*. Opladen. S. 186
- 4 Diedrich Diederichsen (1996): *Politische Korrekturen*. Köln. S. 15
- 5 Heinz Fidelsberger in *Zur Zeit* 1-2/1999
- 6 Klaus J. Groth (1996): *Die Diktatur der Guten. Political Correctness*. München. S. 9
- 7 Groth (1996): S. 21
- 8 Karsta Frank (1996a): *PC-Diskurs und neuer Antifeminismus in der Bundesrepublik*. In: *Das Argument*. Nr. 213/1996. S. 32
- 9 Barbara Junge/Julia Naumann/Holger Stark (1997): *Rechtsschreiber. Wie ein Netzwerk in Medien und Politik an der Restauration des Nationalen arbeitet*. Berlin. S. 21



Drauf sitzt der Nero
mäuschenstill
und hört,
was man ihm sagen will.

zu verstehen, womit aus diesen Funktionen u.a. die beobachtbaren antifeministischen/sexistischen, rassistischen und antisemitischen Strukturen und Inhalte des Diskurses resultieren. Ein Hinweis auf die repatriarisierende Funktion ist etwa die dominante Metaphorisierung der „political correctness“ mit einem äußerst negativ und zugleich weiblich konnotierten Moral-Begriff. Hinter dieser Instrumentalisierung des Moral-Begriffes kann der Versuch gesehen werden, Öffentlichkeit zurückzudrängen und Privatisierung in jedem Sinn zu fördern, also z.B. der feministischen Forderung „das Private ist politisch“ endgültig ihre Legitimität abzusprechen. Zudem beteiligen sich in großem Maße Männer an diesem Diskurs, an der Etablierung des Stigmawortes und Feindbildes waren fast ausschließlich Männer beteiligt.

Innerhalb des Anti-„pc“-Diskurses sind auch deutlich remaskulinisierende Elemente auszumachen, die jene Form der soldatisch-heroischen Männlichkeit inszenieren, die Vertreter der „Neuen Rechten“ so gerne für sich beanspruchen. Ein deutliches Beispiel dieser Funktion war ein Artikel von Gerhoch Reisegger in der rechtsextremen *Aula*. In Reiseggers Wahrnehmung handelt es sich bei „pc“ um ein „Kriegsmittel in einem

nicht offen geführten oder erklärten ‚legalen‘ Krieg“,¹⁰ denn als „absoluter Feind“ sei „pc“ „nicht an der Niederwerfung des Gegners, sondern auf seine Vernichtung aus“. Es sei Aufgabe der deutschnationalen und schlagenden Burschenschaften, die bekanntlich mehrheitlich rechtsextrem sind, gegen diese Bedrohung „Widerstand“ zu leisten. Reisegger vergißt in seinem Plädoyer für soldatisch-chauvinistische Männlichkeit nicht „pc“ gemeinsam mit den beliebtesten Feindbildern antisemitischer

VerschwörungstheoretikerInnen zu nennen: „IMF, Weltbank, CFR, Bilderberger“. Die „neurechte“ Wochenzeitung *Zur Zeit* setzt das remaskulinisierende Element des Anti-„pc“-Diskurses, an dessen Etablierung ihr Chefredakteur Andreas Mölzer maßgeblich beteiligt war, für PR-Zwecke ein und wirbt mit dem Slogan „Politisch couragiert statt politisch korrekt“.¹¹ „Pc“ wird des öfteren mit un-„männlicher“ – also „weiblicher“ – Feigheit assoziiert, während dem „Widerstand“ gegen „pc“ natürlich (männlicher) Mut immanent sei. Karsta Frank vermutet zudem im Anti-„pc“-Diskurs eine neue und modifizierte Form von Antifeminismus. Mittels Ironisierung, Banalisierung, Umdeutung, Diffamierung und Täter-Opfer-Umkehrung, die als – typisch „neurechte“ – diskursstrategische Mittel auch auf feministische Theorie und Praxis angewendet werden, trägt eines der Feindbilder eindeutig weibliche – genauer: feministische – Züge.¹² Von der „Neuen Rechten“ schon früh als – heute für sie einzig relevanter – ideologischer

Hauptgegner ausgemacht, avanciert der Begriff Feminismus im Anti-„pc“-Diskurs zum diffamierenden Stigmawort. Die perfekte Kombination aus Antifeminismus, „neurechten“ Diskursstrategien und Anti-„pc“-Diskurs findet sich in Felix Sterns Beitrag zum Sammelband *Die selbstbewußte Nation*. Unter dem Titel *Feminismus und Apartheid* diffamiert Stern nicht nur jegliche emanzipativen Forderungen und Maßnahmen von Frauen als „Geschlechter-Rassismus“,¹³ sondern verharmlost durch diesen Vergleich zudem das rassistische weiße Separationsregime Südafrikas. Weiters eignet er sich feministisches Vokabular an, das er allerdings seines historischen und analytischen Gehalts entledigt, um es letztendlich wirkungsvoll gegen feministische Frauen – denn nur gegen solche Frauen hat Felix Stern etwas – einzusetzen. In seinen ahistorischen Momentaufnahmen mutieren so etwa Quotenregelungen zugunsten von Frauen zu „sexistischen“ Maßnahmen. Der neue Antifeminismus kennt keine Grenzen, gepaart mit den üblichen „pc“-Anfeindungen hat er oft auch männliche Heterosexualität zum Thema, hier insbesondere deren unterdrückte Bedürfnisse. „Feminismus und Politische Korrektheit“ seien so heute dafür verantwortlich, daß es sich bei der „Männerwelt“ um eine „vom Aussterben bedrohte Spezies“ handle. Aber was soll Frau auch anderes von einem „Mann“ erwarten, dessen „Inbegriff von Männlichkeit“ die „echte Erektion zu rechten Zeit“¹⁴ ist. In den (sexuellen?) Phantasien von Klaus

10 *Aula* 5/1996

11 *Zur Zeit* 6/1998

12 vgl. Frank (1996a): S. 33

13 Felix Stern (1994): *Feminismus und Apartheid. Über den Krieg der Geschlechter*. In: Heimo Schwilk/Ulrich Schacht (Hg.): *Die selbstbewußte Nation. „Anschwellender Bocksgesang“ und weitere Beiträge zu einer deutschen Debatte*. Frankfurt am Main/Berlin. S. 294

14 Manfred Sax in *Wiener* 221/1998

J. Groth agieren Feministinnen ohnehin mit SS-Methoden, denn diese werden so lange nicht ruhen, bis die „maskuline Dominanz“ „ausgemerzt“ ist und „die Männer eliminiert“¹⁵ sind. Warum das so sein soll, weiß Groth auch, denn die „politisch korrekte“ Gegnerin trägt in seinen Vorstellungen zudem lesbisch-separatistische Züge.

Die rassistisch dominierten Teile des Anti-„pc“-Diskurses decken sich in Argumentation und Inhalt wiederum mit den neorassistischen Diskursen der „Neuen Rechten“. Hauptangriffsziel ist die „Multikulti“-Gesellschaft, die von „Gutmenschen“ und „politisch Korrekten“ angestrebt werde. Im österreichischen Diskurs ist diese Variante deutlich auf der journalistischen und alltagssprachlichen Ebene zu vernehmen. Auffallend ist dabei, daß in dieser modifizierten Form des Neorassismus nicht mehr nur genetische Programmierung bzw. triebhafte Abwehr allen „Fremdens“ die Ursache rassistischen Verhaltens sein sollen – wie bisher in der neorassistischen Logik –, sondern nun auch noch die „politisch korrekte“ Ideologie und Politik der „Gutmenschen“. Denn so wie es Gerd Leitgeb in seinen Täglichen Alles-Kolumnen darstellte, gehe es „Gutmenschen“ aufgrund ihrer „Ausländer-Affenliebe“ immer nur „um Zuwanderer und Asylanten“.¹⁶

Ebenso relevant und aussagekräftig für österreichische und deutsche Verhältnisse ist jene Komponente des „pc“-Konstruktes, die ähnlich wie antisemitische Verschwörungsmythen organisiert und strukturiert ist.

Denn „political correctness“ wird als nicht-personale, anonyme und äußerst machtvolle Instanz imaginiert. Konkreter phantasieren die AntisemitInnen unter den „pc“-GegnerInnen von „organisierten Kreisen der „political correctness““,¹⁷ die an der „amerikanischen Ostküste“ zu finden seien und in die nur mit „Geld, Einfluß, Posten und Prestige“¹⁸ Eingang gefunden werden kann. Auch die Freimaurer sollen ihre Finger im Spiel haben, basiere doch der „alle Gutmenschen verpflichtende Index“ auf der „alleinseligmachenden antisfaschistischen und antirassistischen Weltkirche der Freimaurer“.¹⁹ Hinter den Reaktionen der EU auf die Regierungsbeteiligung der FPÖ vermutete diese konsequent eine „internationale Allianz, die sich unter dem politisch korrekten Diktum des Antifaschismus“²⁰ verstecke. Nicht nur der latente und strukturelle Antisemitismus findet sich im „pc“-Konstrukt, sondern auch der „Gutmenschen“-Begriff ist in den österreichischen Debatten mehrmals antisemitisch gefüllt worden. In der Zeit etwa wurde Ariel Muzicant, Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Österreichs, als „Gutmensch“ beschimpft. Dabei zeigte sich welchen Begriff die ZZ von „Gutmenschen“ hat, da sich dieser durchwegs aus klassisch antisemitischen Stereotypen zusammensetzt. Die Diffamierungen lauteten etwa „den Moralapostel zu spielen“ und dabei „Wasser zu predigen, aber Wein zu trinken“, „auf einem Rachefeldzug“ zu sein und die „ständig geforderte Toleranz selbst nicht auf(zu)bringen“, wodurch

Antisemitismus erst entsteht.²¹ Konstitutiv für den Text war die Ersetzung der diffamierend gemeinten Bezeichnung „Jude“ durch die negativ und dominant antisemitisch konnotierte Bezeichnung „Gutmensch“, wodurch ein neues Codewort im Wortschatz des sekundären Antisemitismus etabliert wurde.

Das Beispiel des Diskurses über bzw. gegen „political correctness“ zeigt somit nicht nur den erfolgreichen Einsatz „neurechter“ Diskursstrategien, sondern auch das stetige Voranschreiten einer konservativen Restauration mit ihren vielfachen Auslegern nach rechts außen. Aufgrund der signifikanten Funktionen des „pc“-Konstruktes – der Produktion eines Feindbildes und Sündenbockes – zeigt der geführte Diskurs außerdem das Bedürfnis nach Homogenität. Voraussetzung ist allerdings, die störenden – weil heterogenen – Elemente aus diesem einheitlich-kollektivem Ganzen auszuschließen. Mit den Stigmawörtern „political correctness“ bzw. „Gutmensch“, sowie mit deren imaginierten Methoden und Eigenschaften, ist es diskurspolitisch schon gelungen, sämtliche GegnerInnen der demokratischen und extremen Rechten als dermaßen fanatisch, totalitär, gewalttätig, illegitim und irrational darzustellen, sodaß jede Gegenmaßnahme als legitime und notwendige Reaktion erscheinen muß. ■



„Hut ab!“ Das ist das erste Stück, der Nero macht es mit Geschick.

15 Groth (1996): S. 214f

16 Tägliche Alles 11.7.1999

17 Robert Streuckers in Zur Zeit 33/1998

18 Groth (1996): S. 69

19 Kurt Diemann in Zur Zeit 8/2000

20 Neue Freie Zeitung 6/2000

21 Zur Zeit 51-52/1998

Estudiar, aprender, para el pueblo defender!

Während die StudentInnen Mexikos versuchen, ihre Bewegung gegen Studiengebühren und Privatisierung wieder aufzubauen, geht die neue Rechtaußenregierung daran, die Privatisierung sowohl der Bildung als auch anderer wichtiger Bereiche voranzutreiben.

DAS GESPRÄCH FÜHRTEN
MARY KREUTZER, HENRIKE
KOVAČIČ, JÜRGEN SCHMID
UND MARKUS ZINGERLE.*

*) Mary Kreutzer, Henrike Kovačič, Jürgen Schmid und Markus Zingerle führten dieses Gespräch für Radio Orange, welches Mary Kreutzer und Markus Zingerle für **Context XXI** in zwei Teilen zusammenfaßten.

Julia studiert Jus an der UNAM und ist wie Ricardo (Publizistik am Politikwissenschaftsinstitut der UNAM) Mitglied des Streikrates, CGH.

Dem Süden versprach der neue Premier Vincente Fox eine großangelegte Modernisierungsoffensive. „Arbeit in Würde“, die diese Offensive bestimmt nicht zum Ziel hat, sowie den sehr unbeschwerten Umgang der Linken mit „pueblo“ und „nación“ behandelt dieser 2. Teil eines Interviews mit zwei Studierenden der UNAM.

Kommen wir zu einem Thema, das uns deshalb interessiert, weil uns natürlich bewußt ist, daß wir mit dem Holocaust und den europäischen Faschismen eine andere Geschichte haben und dadurch andere Zugänge: Ihr bezieht euch oft auf „nación“ (Nation) und Nationalismus, ist das für euch nicht fragwürdig? Und was bedeutet für euch „pueblo“ (Volk, Bevölkerung, Menschen)?

Ricardo: Zu dem Thema fällt mir spontan eine unserer Kampfparolen ein: „Estudiar, aprender, para el pueblo defender!“ (Studieren, lernen, um das Volk zu verteidigen!) Aus unserer Geschichte heraus sind Begriffe wie pueblo, nación, territorio, patria (Vaterland/Heimat) eng mit dem Kampf für Befreiung verbunden. Bereits im antikolonialen Kampf gegen die Spanier und später gegen die Habsburger gewannen diese Begriffe eine widerständige Bedeutung. Indígenas und Mestizen vereinten sich im Kampf für die Befreiung,

welcher im Namen einer freien und souveränen Nation geführt wurde. Morelos, ein Unabhängigkeitskämpfer, sagte in seinem „Manifiesto a la Nación“, daß eine Nation nur eine ist, wenn sie frei ist und sich für Gesundheit, Ernährung, „trabajo digno“ (Arbeit in Würde), Wohnraum etc. einsetzt. In diesem Manifest forderte Morelos die Respektierung der kommunalen Organisationsformen der Indígenas und unterstützte deren Kampf für Selbstbestimmung. Das Volk organisierte sich also gemeinsam gegen die Unterdrücker. Im Zuge der mexikanischen Revolution kam dann ein neues Element hinzu: soziale Rechte und deren entsprechende Gesetzgebung, wie z.B. Wohnraum, Bildung und Nahrung für alle, Streikrecht, Recht auf Gemeinschaftsland. Nach der Revolution bemächtigte sich allerdings die neue Elite, die PRI, dieses Diskurses, um an der Macht zu bleiben, aber wir besitzen „memoria histórica“ (Geschichtsbewußtsein), darum wollen wir uns den Begriff nicht nehmen lassen. Für mich bedeutet „pueblo“ Armut und die Solidarisierung mit den Menschen, die unter dieser Armut leiden. Pueblo, das sind die Unterdrückten, Marginalisierten, auf die nie gehört wird, die nicht zu existieren scheinen – aber zeigen, hier sind wir, wir haben nichts außer der Energie und der Kraft, um die Dinge zu verändern. Pueblo, das sind

die einzigen, die die Kraft zur Veränderung besitzen. Das ist offensichtlich anders bei euch hier, so wie ihr uns das geschildert habt.

Julia: Mir gefällt am Zapatismo, daß erstmals gesagt wird, daß es innerhalb Mexikos viele Mexikos gibt, daß die Indígenas im Süden eine andere Lebenssituation haben, als die im Norden oder die Leute in der Stadt, daß Mexiko ein plurikulturelles Land ist, im Gegensatz zum homogenisierenden Diskurs des Imperialismus und des mexikanischen Staates, die von einer Gleichheit sprechen, die es in Wirklichkeit gar nicht gibt.

Eines verstehe ich nicht, und ich stelle diese Frage als weiße Europäerin, die in Lateinamerika aufgewachsen ist – wie kann man sich positiv auf Nationalismus beziehen? Eine Maya-Indígena etwa, die vor dem guatemalteckischen Militär, also vor dem Staat flieht, wird in Mexico mit staatlicher Repression und Ausgrenzung empfangen...

Ricardo: Es kommt darauf an, wer sich dieses Diskurses – und in welcher Funktion – bemächtigt. Tut dies der Staat, dann mißbraucht er diese Begriffe für seine Zwecke, tun dies die Leute, dann bedeutet es Befreiung, dann ist das natürlich fortschrittlich. Vicente Guerrero sagte einmal: „Vivir por la patria o morir por la libertad!“ (Für die Heimat leben oder für die Freiheit sterben!). Das bedeutet, daß wir dafür kämpfen wollen, daß es allen Menschen in diesem Land gut geht, aber wir sind eher bereit zu sterben als ein Leben in Unfreiheit zu führen. Die lateinamerikanischen

Länder wurden schon immer vom Imperialismus unterdrückt. Natürlich übernahmen auch mexikanische Eliten diesen Diskurs. So wie die Zapatisten wollen auch wir Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit.

Julia: Wir wollen mit den Begriffen *nación* und *pueblo* nicht zwischen Aus- und Inland unterscheiden, sondern zwischen Unterdrückern und Unterdrückten. Ich etwa identifiziere mich als *latino-americana*, weil wir dieselbe Geschichte der Unterdrückung erlebt haben. Für mich ist der Staat der Unterdrücker, die *nación* sind die Unterdrückten.

Ricardo: Wir dürfen nicht vergessen, daß ihr eine andere Geschichte hattet, Hitler, Nationalsozialismus etc...

Das Beispiel Ecuador, wo bei den Wahlen in '97 sowohl die linken als auch die rechten Parteien mit nationalistischen Parolen geworben haben und die Rechte gewann: Es wurden doch nur die Köpfe ausgetauscht, das kapitalistische und neoliberale System der Unterdrückung blieb intakt. Das ist nur ein weiteres Beispiel aus Lateinamerika, daß Nationalismus kein progressives Konzept sein kann. Der Krieg zwischen Peru und Ecuador über den Grenzverlauf dauert bereits rund 45 Jahre, und anstatt sich zu solidarisieren, schenken die Menschen beider Länder der Konstruktion von Grenzen und von Staaten mehr Glauben. Ist es nicht auch in Mexiko mit der PAN so gewesen, daß diese rechtspopulistische Par-

tei mit Nationalismus, vermischt mit populistischen Slogans, die Wahlen gewonnen hat?

Julia: Den populistischen Diskurs hat auch die PRI Jahrzehnte lang benutzt, um an der Macht zu bleiben, aber sie sind an ihrem eigenen Diskurs erstickt. Für uns aber bedeutet *pueblo* Widerstand, es ist wichtig die Zusammenhänge genau anzusehen. Was bis jetzt noch nicht erreicht wurde, ist, daß wir uns in ganz Lateinamerika zusammenschließen und gemeinsam gegen das neoliberale System kämpfen. Es ist uns bewußt, daß unser Feind nicht z.B. die USA ist, sondern das System müssen wir bekämpfen

Ricardo: Es gibt einerseits den dominanten Nationalismus, nämlich den der expandierenden Nationen. Dieser Nationalismus wird in den unterdrückten Nationen von den Eliten reproduziert. Es geht dabei um Machterhalt und Kontrolle. Andererseits gibt es einen fortschrittlichen Nationalismus. Dabei geht es nicht darum, Eliten durch andere Eliten auszuwechseln. ArbeiterInnen werden in Mexiko genauso ausgebeutet wie in Österreich. Wir benutzen den Begriff in unserem Kampf für eine neue Gesellschaft, in der er dann verschwinden wird. Es geht uns darum Grenzen aufzulösen, aber nicht die des Kapitals, sondern jene der Solidarität, der Menschlichkeit. Wir sind uns einig, daß wir für das Verschwinden aller Nationen kämpfen. Aber wir stecken in verschiedenen historischen und politischen Etappen, für uns ist es zu diesem Zeitpunkt noch wichtig, mit diesen Begriffen zu kämpfen. Die historische Situation wird uns zeigen, wann wir uns deren entledigen.

Wir identifizieren den Neoliberalismus als höhere Etappe des Kapitalismus in seiner brutalsten und miserabelsten Form. Dabei werden nicht nur die sozialen Rechte negiert, sondern die menschliche Existenz als solche ist in Gefahr. Der Neoliberalismus zerstört jegliche kollektiven Strukturen, auch die Eliten, die die Macht inne hatten, werden angegriffen, wobei andere diese Lücken füllen, also die komplette Marktdurchdringung. Der Neoliberalismus wird die Menschheit zerstören, wenn wir es nicht schaffen, eine Alternative zu finden. Wir sollten damit anfangen, Sensibilität in der Diskussion zu zeigen, uns eingestehen, daß auch wir nicht im Besitz der absoluten Wahrheit stehen. Ich meine damit, *patria o muerte, revolución*, etc. Wir sollten anfangen auch auf kritische Stimmen zu hören. Ständige Selbstkritik ist elementar.

Wir glauben, daß „trabajo digno/trabajo en dignidad“ („Arbeit in Würde“) im Kapitalismus nicht möglich ist. Die Frage ist, seht ihr eine Möglichkeit innerhalb des kapitalistischen Systems „in Würde“ zu arbeiten – ist es nicht eine etwas widersprüchliche Vorstellung?

Ricardo: Unserer Meinung nach ist das kapitalistische System eines der Ausbeutung und der Entäußerung. Gegenwärtig gibt es weltweit eine soziale Arbeitsteilung, der Ausbeutungsprozess ist in Lateinamerika noch brutaler: Ich spreche hier von Menschen, die NICHT ausgebeutet werden, was für sie jedoch den sicheren Tod bedeutet. Sie werden gezwungen, ihre Arbeitskraft nicht zu reprodu-



zieren – die Arbeitslosen können nicht einmal ein Familie erhalten, oft bedeutet es für sie den sicheren Tod.

Jeder sollte die Möglichkeit haben, auch Sport zu betreiben, die Freizeit selbst zu gestalten –

Julia: Und sich selbst zu verwirklichen...

Ricardo: Dieser Kampf gegen die Arbeitslosigkeit soll in eine bessere Zukunft münden, weil ich glaube, daß die Arbeit ein Stück am Weg der Befreiung des Menschen bedeutet. Arbeit war ein fundamentaler Bestandteil des Menschen, bereits bevor es soziale Klassen gab. Erst als diese Klassen entstanden, verwandelte sich die Arbeit in eine Form der Ausbeutung des Menschen. Das bedeutet aber nicht, daß wenn es einmal keinen Kapitalismus mehr gibt, auch die Arbeit verschwinden wird. Das wird dann aber Gemeinschaftsarbeit sein, eben keine unterdrückende und Sklavenarbeit, sondern eine befreiende.

Julia: Die Arbeit hat zur Zeit die selbe Funktion wie das Kapital, nämlich Reichtum zu reproduzieren, das Problem dabei ist die Verteilung. Außerdem wird es in diesem System den meisten Menschen verweigert, in jenen Bereichen zu arbeiten, die sie auch wirklich interessieren. Das führt bei vielen zu persönlicher Frustration und hier sind wir bei dem Punkt von „Arbeit in Würde“ angelangt. Wenn wir die Funktion der Arbeit so wie sie jetzt im Kapitalismus definiert wird, zerbrechen, so gelangen wir zu gesellschaftlichen Utopien.

Ricardo: Es hat uns sehr überrascht, in Europa Bewegungen anzutreffen, die für die Abschaffung von Arbeit kämpfen. Vor der mexikani-

schen Revolution hatten wir einen 12-Stunden Arbeitstag. Danach erreichten wir einen 8-Stunden Arbeitstag, nun kämpfen wir nicht nur um eine weitere Herabsenkung, sondern auch um Arbeitsplatzbeschaffung, und für bessere Löhne.

Interessant ist, wenn wir von der EZLN sprechen, daß es in Chiapas eine Mischung zwischen Lohn- und Subsistenzarbeit gibt. Innerhalb der Zapatisten gibt es verschiedene Argumentationen dazu, die ambivalent bleiben. Es gefällt mir, daß es verschiedene Standpunkte dazu gibt, da es ja auch verschiedene Situationen gibt, etwa gegenüber einer wohlhabenden Gesellschaft, die theoretischen Schwierigkeiten jedoch bleiben aufrecht. Arbeit und Kapital zu durchbrechen, würde bedeuten, den Kapitalismus zu zerstören. Der Kampf gegen den Neoliberalismus ist von einer abstrakten Sicht aus reformistisch, aber meiner Meinung nach macht er in einem Land wie Chiapas sehr wohl Sinn...

Julia: Ist der Kampf der Indígenas gegen den Neoliberalismus als reformistisch zu interpretieren? Der Kapitalismus drang in die Indígena-Gemeinden ein und zerstörte deren soziale und kollektive Strukturen. Das Kapital hat nicht nur mit Ausbeutung etwas zu tun. Ihr Kampf richtet sich gegen dieses gewalttätige Eindringen. Ihre Forderungen sind nicht als reformistisch anzusehen, sie konfrontieren das Kapital, den Neoliberalismus und all das, was das westliche Modell ihnen angetan hat.

Im Winter war ein Vertreter der sozialdemokratischen PRD (Partei der Demokratischen Revolution) in Wien, der sich dem CGH gegenüber ziemlich abfällig äußerte, über dessen angebliche Gewalttätigkeit beschwerte und von der Streikbewegung distanzierte.

Ricardo: Innerhalb der Streikbewegung gibt es Gruppen, die der PRD nahe stehen. In der ersten Etappe des Streiks, als die Regierung und die Medien die Bewegung angriffen, sagte die PRD, daß sie auf der Seite der Streikenden stehen. Das war damals sehr wichtig für uns, leider änderte sich das schnell. Die Stadtregierung der PRD ist verantwortlich für mindestens zwei Polizeieingriffe. Wir wissen nicht, ob das eine Entscheidung der gesamten Partei oder nur der Stadtregierung war, wir lehnen dieses Vorgehen aber aufs Entschiedenste ab und verurteilen diese Repression uns gegenüber, für die Cuauhtemoc Cardenas als PRD-Bürgermeister verantwortlich ist. Das war also ihre Antwort auf das Vertrauen und die Hoffnung, die die Menschen in sie gesetzt hatten?! Wir wissen, daß es innerhalb der PRD verschiedenste Strömungen und Meinungen dazu gibt. Wir haben es konsequent vermieden, mit jeglichen Institutionen zu paktieren, also etwa politischen Parteien, Regierungen, weil wir an sie nicht glauben.

Julia: Die PRD versuchte anfangs, die Streikbewegung in Hinblick auf die Wahlen zu instrumentalisieren, aber als sie ca. 3 Monate nach Streikausbruch merkten, daß das nicht funktionierte, kam es zu einer radikalen Änderung ih-

rer Position uns gegenüber. Nach den Polizeiübergriffen kam es zu einer massiven Ablehnung der PRD – wir waren sehr wütend, daß diese linke Partei uns dermaßen betrogen hatte.

Wie geht's mit dem Streik weiter?

Julia: Nach dem 6.2.2000 saßen ca. 1000 Studierende im Gefängnis, das bedeutete fast das Ende unserer Bewegung. Es herrschte Paranoia, Angst und Mißtrauen zwischen StreikbrecherInnen und Streikenden. All das machte es uns sehr schwer, das CGH wiederaufzubauen und uns zu reorganisieren. Ein weiteres Problem ist auch der soziale Druck, der auf vielen StudentInnen lastet, das vergangene Semester wiederaufzuholen, aber auch der Druck von den Familien und der Gesellschaft ist groß. Außerdem sind gerade Ferien, aber wir hoffen, daß mit Semesterbeginn die Aktivitäten wieder aufgenommen werden. Wir werden viel Energie brauchen und müssen uns intensiv auf den Universitäten-Kongreß vorbereiten, wobei wir noch nicht entschieden haben, ob wir diesen boykottieren oder daran teilnehmen. Wir müssen uns auf einen langen Kampf einstellen, dazu ist es notwendig, nicht nur konjunkturell zu agieren, sondern langfristig zu planen.

Ricardo: Auch wenn uns die Regierung in die Knie zwingen wollte, werden wir nicht aufgeben, im Gegenteil. Viele Jugendliche wurden im Zuge der Ereignisse politisiert. Wir können uns in Zukunft auch vorstellen, daß sich der Streik sogar ausdehnt bis hin zu einer nationalen Bewegung, welche die verschiedensten Bildungseinrichtungen umfassen könnte.

Wer Klarinette spielt, nimmt keine Drogen!

Die Mythologie des Klarinettenspiels

Die Wurzel dieses fabelhaften Vergleiches pflanzte ein Denker der Österreichischen Volkspartei, dessen Ausspruch den Denkhorizont derselben brutal vor Augen führt: Wer Klarinette spielt, nimmt keine Drogen!

Die Klarinette bleibt im Schrank!

Was Menschen zu VertreterInnen spießigen Kleinbürgertums macht, ist, dass sie im Kopf nicht über die Schranken hinauskommen, über die ihr Leben nicht hinauskommt¹ und dass sie ebenso nicht über Schranken hinausleben können, die diskursive Formationen markieren. Also, dass sie nicht zu leben imstande sind, was nicht denkbar ist oder erscheint.

Eine gefinkelte Situation. Spießige Praxis stabilisiert spießiges Denken und umgekehrt. Doch wie sind gesellschaftlich organisierte und legitimierende Halluzinogene zwischen gesellschaftlichen Strukturen und deren diskursiver Darstellung im Detail formiert? Oder: Wie funktionieren Verschleierung und harmonisierende Erklärungen gesellschaftlicher Widersprüche im politischen Diskurs?

Wir stellen in aller Kürze ein uns für diesen Zweck geeignet scheinendes Instrumentarium dar: Das semiolo-

gische Konzept des französischen Linguisten Roland Barthes über Mythologie und Riten des Alltags.

Roland Barthes spricht von mythischen Strukturen der Sprache. Der Mythos wird allerdings nicht durch das Objekt seiner Botschaft – beispielsweise durch eine Klarinette – definiert, sondern durch die Art und Weise, wie er diese ausspricht.² Nebenbei meint Objekt hier nicht einen materiellen Gegenstand, sondern es kann mythische Konstruktionen höherer Ordnung (wie das Nationale der Volksgesundheit) umfassen. Texte und Bilder erhalten ihre Bedeutung durch die Verweise, die ihre Bestandteile beinhalten und durch deren Zusammenstellung.

Umweg

Barthes Semiologie liest gesellschaftliche Gegenstände als Zeichen, d.h. Gesellschaft wird zum Text.³ Fragmente dieses Textes, die zu lesen im Alltag bedeutet, sie als Handlungsanleitungen in das eigene Verhalten zu übersetzen, finden wir allerorts, auch an vermeintlich leeren Plätzen: Eine rote Ampel bei leerer Straße, ein Werbespruch, einige Schilder, eine (möglicherweise nur fingierte) Überwachungskamera, Bodenmarkierungen, ein Wachhund in einer Zeitung, Kleidung ...

Der Mythos ist für Barthes ein semiologisches System zweiten Grades, d.h. er baut auf bereits bestehende semiologische Systeme⁴ auf und reduziert sie auf Zeichen in mythologischen Systemen.⁵

Mythos

„Ich sitze beim Friseur, und man reicht mir eine Nummer des Paris-Match. Auf dem Titelblatt erweist ein junger Schwarzer in französischer Uniform den militärischen Gruß, den Blick erhoben und auf eine Falte der Trikolore gerichtet. Das ist der Sinn des Bildes. Aber ob naïv oder nicht, ich erkenne sehr wohl, was es mir bedeuten soll: Dass Frankreich ein großes Imperium ist, dass alle seine Söhne, ohne Unterschied der Hautfarbe, treu unter seiner Fahne dienen und dass es kein besseres Argument gegen die Widersacher eines angeblichen Kolonialismus gibt, als den Eifer dieses jungen Schwarzen, seinen angeblichen Unterdrückern zu dienen. Ich habe also auch hier ein erweitertes semiologisches System vor mir: Es enthält ein Bedeutendes, das selbst schon von einem vorhergehenden System geschaffen wird (ein farbiger Soldat erweist den französischen militärischen Gruß), es enthält ein Bedeutetes (das hier absichtlich eine Mischung von

Wie sollte jemand, der nichts tut als Klarinette in einem beschissenen Blasmusikverein eines immer noch in klerikalfaschistischer Tradition stehenden Dorfverbandes zu spielen, auf vernünftige Gedanken kommen? Und umgekehrt: Wie sollte jemand dessen Gedanken zwischen Dorfgasthaus, dem zehnten Bier und der österreichischen Bundeshymne – von Gamsbärten und Goldhauben ganz zu schweigen – ihren Horizont gefunden haben, leben können?

VON DER GRUPPE MAÑANA *

*) Weitere Texte der Gruppe manana sind im Internet unter <http://www.goldfisch.at/manana> nachzulesen

Franzose (und Soldatentum ist), und es enthält schließlich die Präsenz des Bedeuteten durch das Bedeutende hindurch".⁶

Das Bedeutete der mythischen Form, in unserem Fall der französische Imperialismus als Beispiel, ist, im Gegensatz zur reichen, konkreten Form des Bedeutenden der mythischen Form, „leer“, nebulos und im eigentlich Sinn nicht anwesend. So paradox es aber erscheinen mag, die mythische Form verbirgt nichts. Sie hat die Funktion zu deformieren, nicht verschwinden zu lassen.⁷

Die Funktion des Mythos ist weiter, Geschichte in Natur zu verwandeln, der Mythos ist eine exzessiv gerechtfertigte Aussage. „Alles vollzieht sich, als ob das Bild (des grüßenden Schwarzen) auf natürliche Weise den Begriff hervorriefe (die Gesamtheit der kolonialen Präsenz, g.m.), als ob das Bedeutende das Bedeutete stiften würde".⁸ Das Bedeutete wird durch das Bedeutende der mythischen Figur (scheinbar) rationalisiert, gerechtfertigt.

Der in der mythischen Figur entstehende Eindruck von Kausalität und Natürlichkeit ist natürlich künstlich und falsch, schlüpft aber dennoch in den Güterwagen der Natur. Barthes bringt hierzu ein Beispiel von sinkenden Marktpreisen, die natürlich der Einwirkung der Regierung zugeschrieben werden, eigentlich aber saisonal bedingt sind.⁹ Ebenso treffend wäre ein Bezug auf die politische Konstruktion der bösen EU-14 und einer sozialistischen Verschwörung gegen alle Österreicher. Und demgegenüber die links-liberale Imagination einer widerständigen und patriotischen Zivilgesellschaft.

Stark-Schwarz-Weiblich

„Wir sitzen beim Friseur, durch unsere Hände wandert eine Zeitschrift mit folgendem Inserat: Auf dem Bild eine junge Frau in einem roten, hochgeschlitzten Kleid, in selbstbewusster Haltung. Zu ihren Füßen liegt eine weitere Person, entweder eine Frau, die ihr männliches Outfit durch besonders feminine Haltung kontrastiert, oder ein äußerst femininer junger Mann, die von der zentralen Figur deutlich dominiert wird. Und im Hintergrund Motorboot, Helikopter und roter Sportwagen. Der Text: „Sag niemals nie – Mehr Mut und weniger Selbstzweifel ist angesagt. Frauen, die sich trauen, haben einfach mehr Erfolg. Warum nicht auch Sie?“¹⁰

Angesichts realer frauenfeindlicher Politik möchten wir im folgenden näher auf die ÖVP eingehen, deren SpitzenfunktionärInnen schon vielerorts mit äußerst bodenständigen Emanzipationsvorstellungen brilliert haben – von ihren KollegInnen in der FPÖ wollen wir schweigen.

Das Bild vermittelt einen Typus James-Bond-Frau durch Anknüpfung an unrealistische Action-Agenten Filme. Im Grunde stellt das Plakat eine funktionierend verschobene Anwendung gängiger sexistischer Klischees dar, auf denen aufbauend mythisch über eine imaginäre ÖVP-Frauenpolitik gesprochen wird.

Wiederholung

Wir haben auch bei unserem Friseur ein erweitertes semiotologisches System vor uns: Es enthält ein Bedeutendes, das selbst schon von einem vorhergehenden System geschaffen wird eine (von sich überzeugte) Frau im Abendkleid

vor Sportwagen, Helikopter und entweder mit einem hübschen Jüngling zu Füßen – oder mit ihrem eigenen Kontrastbild innerhalb der Spanne attraktiver konservativer Frauenbilder. Weltmännisch wie Bond, selbstbewusst wie Goldfinger und attraktiv wie Grace Jones und aktiv wie alle drei zusammen). Es enthält ein Bedeutetes (Frauen von heute sollen „selbstsicher, weltmännisch, attraktiv und aktiv“... im schwer konservativen Sinne der ÖVP sein).

Dieses Bedeutungssystem funktioniert über Identifikation mit klassischen Bildern von männlicher Stärke, Unabhängigkeit usw. – als sexistische Abziehbilder. Dabei werden diese Klischees affirmiert und abermals gerechtfertigt. Die angebotene Identifikation von Frauen mit Klischees männlicher Souveränität setzt die oberste Grenze der Emanzipation. Dieses Bild funktioniert ebenso wie die anderen in der Kampagne verwendeten Sujets zusätzlich durch die Wahl von Darstellungen aus der Filmindustrie. Würden die Protagonistinnen in der Haut realitätsnäherer Männerrollen oder -figuren stecken, wäre die Aussage für das angesprochene Publikum vermutlich eine lächerliche. Und die Kultfilmsujets machen ein weiteres: Die Aufforderung, sich mit Leinwandheros zu identifizieren verlangt gemeinsam mit den inhaltsleeren Kurztexten, kein konkretes Programm an den eigenen Bedürfnissen zu messen, sondern der Vorstellung eigener Stärke zu ihrem träumerischen Recht zu verhelfen.

Das semiotologische System setzt schließlich die Präsenz des Bedeuteten durch das Bedeutende (eine Agentenfilm/Bondgirl-Abziehfolie) hindurch.¹¹ Bedeutet wird ei-

ne Frauenkampagne, die Frauen nicht bevormunden oder zum passiven Objekt von Zuwendungen und Förderungen machen will – so die ÖVP. Nahegelegt wird die Vorstellung der Möglichkeit individualisierter Selbstemanzipation in einem sexistischen Rahmen und mit männlichen Stereotypen. Der Status Quo derzeitiger Geschlechterverhältnisse wird affirmiert und einer diese verändernden Politik eine Absage erteilt. Emanzipierte Frauen sind in der ÖVP-Kampagne nur als starke Männer denkbar. Dieses Bild dient der tolldesten Kaschierung forcierter Diskriminierungspolitik mit Hollywoodfassaden, konservative Politik ist eben nicht Stillstand, sondern Rückschritt. Wenn die ÖVP formuliert, es würden Frauen-Männer-Klischees um 180 Grad gedreht und verabschiedet, meint dies eine als Verdrehung und Entlarvung getarnte Berufung auf sexistische Klischees und deren Verabschiedung als Affirmation und Institutionalisierung. Patriachale Strukturen werden exzessiv gerechtfertigt, zur Normalität erklärt.

Konsum des Mythos

„Was der LeserIn ermöglicht, den Mythos unschuldig zu konsumieren ist, dass er/sie in ihm kein semiologisches, sondern ein induktives System sieht. Dort, wo nur eine Äquivalenz besteht, sieht er einen kausalen Vorgang. Das Bedeutende und das Bedeutete haben in seinen Augen Naturbeziehungen. Man kann diese Verwirrung auch anders ausdrücken: Der Verbraucher des Mythos fasst die Bedeutung als ein System von Fakten auf".¹²

Worin besteht das eigentlich Eigentümliche des Mythos? Es besteht in der

Umwandlung eines Sinnes in Form. Der Mythos begeht Diebstahl an einer Ausdrucksweise.¹³

Entnennung

Ein Phänomen moderner bürgerlicher – sich selbst als Zivilgesellschaften definierender – Gesellschaften ist eine partielle Ent-Nennung. Im ökonomischen Bereich wird kapitalistische, bürgerliche Ökonomie als solche benannt.¹⁴ Das Benannte gewinnt aber auch im ökonomischen Diskurs seine Bedeutung durch eine Vielzahl von mythifizierenden Verfahren: Auf ein Menschenbild, das im Kapitalismus seinen Rahmen fände, auf eine in die Zukunft projizierte Fähigkeit des Systems, benannte Widersprüche ausgleichen zu können usw.

Widersprüche bleiben durch das Herstellen naturalisierter Kausalzusammenhänge gerade durch ihre Benennung verdeckt. Der Mythos verschleiert nichts. Aufhebung oder Verdeckung funktioniert über mythologische Zusammenhänge und Naturalisierungen, das heißt beinahe rituelle Anrufungen einer unveränderbaren Natürlichkeit.

Diese Strategie des direkten Ansprechens gekoppelt an das Ausblenden und Verschieben von Antagonismen nennt Barthes Ent-Nennung.

Vergessen und naturalisiert wird ebenso die patriarchale und rassistische Strukturierung. Zivilgesellschaft, universale Menschenrechte und Chancengleichheit im Leistungssystem benennen die kapitalistische Moderne.

Eine wesentliche Rolle spielt in diesem Zusammenhang der Begriff „Nation“, der als Universalie Differenzen verstellt. „Wenn es nur

noch eine einzige, ein und dieselbe menschliche Natur gibt, kann sich die Bourgeoisie ungehindert entnennen“.¹⁵ Damit dürfte zumindest Wesentliches zum Konzept eines nationalen Schulterschlusses gesagt sein. Nation wird als natürliche Kategorie dargestellt, die Menschen nominiert, als StaatsbürgerInnen anspricht und Differenzen und Konflikte verschiebt.

Barthes thematisiert „normalisierte Formen“, deren eigentlich historische und ideologische Gestalt verdeckt bleibt.

Mythische Formen begründen eine illusionistische Undifferenziertheit des sozialen Raumes, in gesellschaftlichen Verhältnissen, deren Machtstrukturen gerade auf technischen und wissenschaftlichen Fortschritt, auf einer Umwandlung der ‚Natur‘ aufbauen. Bürgerliche, kapitalistische Ideologie stellt gleichzeitig eine imaginierte, unveränderliche Natur wieder her. Der Mythos ist in diesem Sinn eine entpolitisierte Aussage, er organisiert eine Welt ohne Widersprüche und begründet eine glückliche Klarheit.¹⁶

Dagegen angehen?

„Es ist bekannt, dass manche bis zur puren Auflösung des Diskurses¹⁷ gegangen sind, nachdem sich das – wirkliche oder transponierte – Schweigen als einzige mögliche Waffe gegen die überlegene Macht des Mythos (...) erwiesen hatte“.¹⁸ Die beste Waffe gegen den Mythos wäre jedoch lt. Barthes ihn selbst zu mystifizieren, d.h. einen künstlichen Mythos zu schaffen.

„Der Mythos ist ein Wert, wie wir wissen. Es genügt seine Umgebung zu verändern, das allgemeine (und widerrechtliche) System, in dem er

seinen Platz innehat, um seine Tragweite aufs Genaueste zu regulieren“.¹⁹

Klarinetten-Epilog

Die heile Dorfwelt, der Blasmusikverein, gesunde rotbackige Burschen und Dirndl. All dies dient als Hintergrund der mythischen Aussage eines ÖVP-Mannes, der eine imaginierte, und weitverbreitete Bedeutungsstruktur entwendet für Aussagen zur Drogenpolitik.

Mythischer Aussagen verwenden weitverbreitete Klischees für andere Zwecke, seien dies nun häuslbauerische Sparerfahrungen oder Klischees von der intakten gesellschaftlichen Struktur dörflicher Idylle.

Anzapft ist!

Umta Umta Täterä ... ■

Sag niemals nie.



Die glorreichen Sieben u.v.a.
Nicole, Benita, Anna, Maria, Waltraud, Karin, Elisabeth



Regel Nr. 1:
Schlimmer geht's immer!
(ÖVP-„Frauenoffensive“)

- 1 Vgl. Karl Marx, *Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte*, MEW 8, S.142.
- 2 Roland Barthes, *Mythen des Alltags*, Frankfurt 1964, S 89.
- 3 Es soll hier nicht darum gehen, das linguistische Modell auf das Barthes zurückgreift – eine Beziehung zwischen Bezeichnetem und Bezeichnendem, also Gegenstand und Wort, die ein sinnbehaftetes Zeichen bildet – kritisch zu analysieren, sondern darum, die Funktion mythischer Konstruktionen darzustellen. Ansatzpunkte möglicher Kritik finden sich beispielsweise bei Ludwig Wittgenstein (*Philosophische Untersuchungen*, Werkausgabe. Band 1, Frankfurt 1984)
- 4 Bedeutungssysteme
- 5 Für eine Linguistin wohl eine haarsträubende Verkürzung.
- 6 Barthes 1964, S. 95.
- 7 Barthes 1964, S. 102.
- 8 Barthes 1964, S. 113.
- 9 Barthes 1964, S. 114.
- 10 Bild und Text sind Teil der neuen Kampagne der ÖVP. Nähere Infos auf der ÖVP-Url: www.frauenoffensive.at
- 11 Barthes 1964, S. 95.
- 12 Barthes 1964, S. 115.
- 13 Barthes 1964, S. 115.
- 14 vgl. Barthes 1964, S. 124.
- 15 Barthes 1964, S. 126.
- 16 vgl. Barthes 1964, S. 129ff.
- 17 Auflösung des Diskurses: Graffiti, wilder Streik, Hacking, Überschreitung geschlechtlicher Identität, ... ?
- 18 Barthes 1964, S. 120, vgl. Gilles Deleuze, Hakim Bey, *Kollektiv A/Traverso* (nähere Infos unter <http://www.goldfisch.at/manana>)
- 19 Barthes 1964, 133.

Der Fetisch im Spektakel

Guy Debord als Gesellschaftskritiker

Guy Debords Kunst- und Medienkritik kann nur vor dem Hintergrund seiner allgemeinen Kritik bürgerlicher Vergesellschaftung begriffen werden.

VON STEPHAN GRIGAT

Guy Debord und die Situationistische Internationale erfahren in den letzten Jahren auch im deutschsprachigen Raum vermehrte Aufmerksamkeit. Zum einen wurde Debords Hauptwerk, „Die Gesellschaft des Spektakels“, erneut aufgelegt. Zum anderen wurde das Augenmerk einer größeren Öffentlichkeit durch Ausstellungen wie beispielsweise jene in Wien Anfang 1998 auf die Aktivitäten der Situationisten gelenkt. In der Regel ging diese verstärkte Rezeption mit einer Reduzierung der Anliegen Debords und anderer Situationisten auf kunst-, kultur- oder auch medientheoretische Fragestellungen einher. Was Greil Marcus bereits für den Anfang der achtziger Jahre konstatiert, trifft um so mehr auf die leise Renaissance der situationistischen Schriften Ende der neunziger Jahre zu: Das Spektakel ist „zu einer modischen Platitüde der Kritik geworden, zu einem unscharfen, inhaltsleeren Begriff. Er bedeutet nur, daß das Bild einer Sache die Sache selbst überlagerte. Kritiker benutzten dieses Klischee nicht, um nachzudenken oder sich etwas vorzustellen, sondern um sich zu beklagen.“¹ Je größer die Begeisterung und das Interesse für die kunst- und kulturkritischen Schriften Debords wird, desto weniger Beachtung findet die radikale Gesellschaftskritik, die Debords Kunst- und Kulturkritik zugrunde liegt. Debord selbst hat darauf hingewiesen, daß die Ersetzung seines Begriffs

„Spektakel“ durch weitläufige Betrachtungen zum Mediensektor seinen Intentionen nicht mehr entspricht, da dadurch die eigentliche Grundlage des Spektakels, die kapitalistische Warenproduktion, affirmiert wird.

Mit wenigen Ausnahmen wird heute versucht, den Kritiker des modernen Waren-spektakels selbst zum kritischen Bestandteil des Spektakels zu machen. Exemplarisch für solch eine Art der Beschäftigung mit Debord sei hier nur Sebastian Reinfeld genannt, der über die Lektüre von Louis Althusser und Nicos Poulantzas zielsicher bei den Grünen gelandet ist und sich heute für die „wunderschönen Texte“ der Situationisten begeistert,² ohne den in ihnen propagierten radikalen Bruch mit der bürgerlichen Gesellschaft ernst zu nehmen.

Debords Kritik sträubt sich weitgehend gegen Vereinnahmungen. In der Linken machte er sich vor allem dadurch unbeliebt, daß er sich entgegen aller Moden weigerte, positiv auf irgendein existierendes staatssozialistisches Modell Bezug zu nehmen, gleichzeitig aber auch sämtliche Kritiker und Kritikerinnen der Staatssozialismen auf's Korn nahm, sobald diese dem realen Sozialismus einen idealen als Identitätssatz entgegensetzten. Debord gehörte schon früh zu den wenigen, die es schafften, sich sowohl gegen Stalin als auch gegen Trotzki und Lenin zu wenden. Er kritisierte früh das maoistische China wie auch die europäi-

schen Maoisten und Maoistinnen. Aber auch am Anarchismus oder dem Strukturalismus hatte er genügend auszusetzen. Auch jene Theoretiker, auf die er sich mitunter bezieht, und deren Einfluß auf sein Denken in seinen Schriften recht deutlich wird, sind, wie beispielsweise Georg Lukács, Gegenstand kritischer Auseinandersetzung. So zeigte sich dann auch die deutschsprachige Linke weitgehend desinteressiert an der Kritik und den praktischen Experimenten der Gruppe von situationistischen Theoretikern und Antipolitikern, „die keine der zahlreichen linken Ikonen anerkannte, die Revolution neu erfinden wollte und jede populistische Verwässerung ihrer Kritik zurückwies.“³

Bei den universitären Theorieverwaltern und -verwalterinnen machte er sich durch seine konsequente Kritik an der akademischen Wissensproduktion nachhaltig unbeliebt. So wie Marx seine Kritik schon früh von der interesselosen Wissenschaft klar abgegrenzt hat, indem er postuliert, daß die Kritik in ihrem Gegenstand ihren Feind erblickt, den sie „nicht widerlegen, sondern vernichten will“,⁴ so war sich Debord, der sich nachdrücklich gegen die Einteilung des Denkens in Wissenschaftsdisziplinen aussprach, über die zwangsläufige Unwissenschaftlichkeit seines beabsichtigten praktischen Unterfangens im klaren: „Das Projekt, die Wirtschaft zu überwinden, von der Geschichte

Besitz zu ergreifen, kann nicht selbst wissenschaftlich sein, auch wenn es die Wissenschaft der Gesellschaft kennen – und zu sich zurückführen – muß.“⁵ Die modernen Sozialwissenschaften betreiben nur mehr eine „spektakuläre Kritik des Spektakels“. (168) Das akademische Denken des Spektakels hat sich dadurch zu einer „allgemeinen Wissenschaft des falschen Bewußtseins“ (167) herausgebildet. Vor dem Hintergrund dieser Akademismus- und Wissenschaftskritik gelangt Debord zu einem Wahrheitsbegriff, der im eklatanten Widerspruch zu jedem übergesellschaftlichen und überhistorischen Wahrheits- und Erkenntnisbegriff steht: „Die Wahrheit dieser Gesellschaft ist nichts anderes als die Negation dieser Gesellschaft.“ (178) Diese Kritik am bürgerlichen Wahrheits- und Rationalitätsbegriff findet sich auch bei anderen Situationisten wieder. Emile Marensin wendet sich in seiner Schrift aus dem Jahr 1972 nachdrücklich gegen einen Vernunftbegriff, der losgelöst von der eigenen kritisch-praktischen Intention existiert: „Vom Standpunkt des Kapitals aus betrachtet, wird der Kommunismus die Gesellschaft des Irrationalen sein, die Gesellschaft der Verrückten. (...) Die Rationalität des Kommunismus wird die Irrationalität des Kapitalismus sein.“⁶

Setzt sich das Feuilleton oder die Sozialwissenschaft heute mit Debord auseinander, wird er vor allem als weit-sichtiger Kritiker des Medienzeitalters rezipiert. Dagegen soll der Vordenker der Situationisten hier als früher Fetischkritiker präsentiert werden, der sich explizit auf die Kategorien der Marxschen Werttheorie bezogen hat.⁷

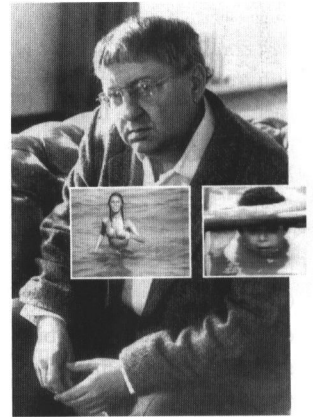
Henri Lefebvre als Stichwortgeber

Debords Thesen zum Zustand der Warengesellschaft im Jahre 1967 sind nicht im luftleeren Raum entstanden. Zum einen sind sie vor dem Hintergrund der sich bereits ankündigenden Ereignisse des Jahres 1968 zu verstehen. Zum anderen stehen sie in einer bestimmten Theorietradition, die von Debord selbst deutlich dokumentiert wurde. Stark geprägt wurde er sowohl durch die Lektüre von Lukács als auch durch die Schriften Henri Lefebvres. Anfänglich standen die Situationisten in engem Kontakt mit Lefebvre. Später wurde er Ziel wüster Polemiken von Debord und von anderen Mitgliedern der Situationistischen Internationale. Lefebvre orientierte sich stark an den „Ökonomisch-philosophischen Manuskripten“ von Marx. Dementsprechend hat er in seinem Hauptwerk den Entfremdungsbegriff ins Zentrum seiner Überlegungen gestellt. Lefebvre versucht aber, die Entfremdung immer wieder auf den Fetischismus zu beziehen. Bei Lefebvre finden sich Ansätze, die Kritik des Fetischismus über die Analyse des Waren-, Geld- und Kapitalfetischs auszudehnen. So spricht er beispielsweise vom „Fetischismus des Staates“.⁸ Er führt aus, daß gewisse „menschliche Produkte gegenüber der menschlichen Wirklichkeit als eine undurchdringliche, nicht beherrschte Natur (funktionieren), die von außen auf sein Bewußtsein und seinen Willen wirkt.“ Das sei in der Regel zwar nur scheinbar so, aber dieser Schein ist zugleich immer auch Realität. Nicht nur die Ware, das Geld und das Kapital, sondern auch „der Staat, die Rechtsinstitutionen, die ökonomischen und politi-

schen Apparate, die Ideologien, (...) funktionieren als Wirklichkeiten, die außerhalb des Menschen sind.“⁹ Sie stehen den Menschen als eigen-gesetzliche Wirklichkeiten gegenüber, obwohl sie nur Produkte der Menschen sind.

Durch die zentrale Stellung, die die Begriffe Entfremdung und Fetischismus in Lefebvres „Kritik des Alltagslebens“ einnehmen, kann der nach dem 2. Weltkrieg aus der französischen KP ausgeschlossene Philosophieprofessor als einer der wichtigsten Stichwortgeber von Debord gelten. Seine Orientierung am jungen Marx, seine teilweise widersprüchliche Begriffsverwendung wie auch seine Betonung der Unerlässlichkeit der Kategorie der Totalität, dürften Debord nachhaltig beeinflusst haben.

Auch Lefebvres Hauptanliegen, die Orientierung auf den Alltag, wird von Debord



Guy-Ernest Debord
(mit Bildern aus seinem Film
„La société du spectacle“)

- 1 Marcus, Greil: *Lipstick traces. Von dada bis Punk. Eine geheime Kulturgeschichte des 20. Jahrhunderts.* Reinbek 1996, S. 102
- 2 Planet, Nr.4, 1998, S. 14
- 3 Benl, Andreas: *Eine Situation schaffen, die jede Umkehr unmöglich macht. Guy Debord und die Situationistische Internationale.* in: *jour-fixe-initiative berlin* (Hg.): *Kritische Theorie und Poststrukturalismus. Theoretische Lockerungsübungen.* Berlin – Hamburg 1999, S. 63. Zur Rezeption der Situationisten in der westdeutschen Linken vgl. auch Orth, Roberto: *Das 20. Jahrhundert verlassen.* in: *Der Beginn einer Epoche. Texte der Situationisten.* Hamburg 1995, S. 7 ff.
- 4 Marx, Karl: *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung.* in: *Marx-Engels-Werke*, Bd. 1, Berlin 1988 (1844), S. 380, Herv. i. Orig.
- 5 Debord, Guy: *Die Gesellschaft des Spektakels.* Berlin 1996 (1967), S. 67, Herv. i. Orig. Die Seitenangaben im Text beziehen sich auf diese Ausgabe. Alle Hervorhebungen im Original.
- 6 Marensin, Emile: *Stadtguerilla und soziale Revolution. Über den bewaffneten Kampf und die Rote Armee Fraktion.* Freiburg i. Br. 1998 (1972), S. 110
- 7 Zur Fetischkritik bei Marx vgl. Grigat, Stephan: *Zur Kritik des Fetischismus.* in: *Streifzüge*, Nr. 4/1997, S. 1 ff.
- 8 Ebd., S. 441
- 9 Ebd., S. 173

fortgesetzt. Beide betrachten den konkreten Alltag als jene Sphäre, in der die Veränderung ansetzen muß. In der Alltäglichkeit des Lebens der Menschen in der bürgerlichen Gesellschaft materialisiert sich der Fetischismus der objektiven Gedankenformen aus der Ökonomie. Daher soll er auch dort, im Alltagsleben der bürgerlichen Subjekte, nach Lefebvre und Debord durchbrochen werden.

Vollendeter Fetischismus

Debords Beschreibung der Totalität des Fetischismus und der Ware beginnt in unmittelbarer Anlehnung an das Marxsche „Kapital“, dessen ersten Satz er paraphrasiert: „Das ganze Leben der Gesellschaften, in welchen die modernen Produktionsbedingungen herrschen, erscheint als eine ungeheure Sammlung von Spektakeln.“ (13) Eine explizit feststehende Definition des Begriffs Spektakel gibt Debord in seiner Schrift von 1967 nicht. Er umkreist ihn vielmehr und beschreibt ihn in seinen realen Erscheinungen und ex negativo. Im Begriff des Spektakels ist bei Debord der Begriff des Kapitals, wenn auch gegenüber der Marxschen Herleitung in vereinfachter Form, und der des Fetischismus aufgehoben: „Das Spektakel ist das Kapital in einem solchen Grad der Akkumulation, daß es zum Bild wird.“ (27) Er begreift das Spektakel als gesteigerte Form des Fetischismus: „Das Prinzip des Warenfetischismus ist es, (...), das sich absolut im Spektakel vollendet, wo die sinnliche Welt durch eine über ihr schwebende Auswahl von Bildern ersetzt wird, welche sich zugleich als das Sinnliche schlechthin hat anerkennen lassen.“ (31f.) Marx hat die Verwandlung menschlicher

Beziehungen in die Beziehungen von Dingen beschrieben. Debord greift dies auf und beschreibt die Verwandlung der menschlichen Beziehungen in die Beziehung zwischen Bildern,¹⁰ die den Menschen noch äußerlicher erscheinen als die Dinge. Anders als in einigen postmodernen Diskursen hingegen, die dazu tendieren, alles in Bilder aufgelöst zu sehen, und die daher keine Realität mehr kennen, die in ihrer Gesamtheit kritisiert werden könnte, bleibt das Bild bei Debord auf die gesellschaftliche fetischistische Totalität, auf die materielle Realität rückbezogen.

Eine Formulierung, die als zusammenfassende Definition des modernen Spektakels gelesen werden kann, findet sich erst in Debords Text „Kommentare zur Gesellschaft des Spektakels“, der aus dem Jahr 1988 stammt, also 21 Jahre nach der Erstveröffentlichung von „Die Gesellschaft des Spektakels“ erschienen ist und in die deutsche Neuauflage von Debords Hauptwerk übernommen wurde. Dort faßt Debord zusammen, was unter dem Begriff des Spektakels zu verstehen sei: „Die Selbstherrschaft der zu einem Status unverantwortlicher Souveränität gelangten Warenwirtschaft und die Gesamtheit der neuen Regierungstechniken, die mit dieser Herrschaft einhergehen.“ (194) Ein Grundmoment des Marxschen Warenfetischs, die Substituierung menschlicher Beziehungen durch die reale wie scheinhafte Beziehung von Dingen, ist bei Debord, auch wenn er die diffizile Marxsche Analyse dieser Substituierung weder referiert noch explizit reflektiert, konstitutiver Bestandteil des Spektakels: „Der fetischistische Schein reiner Objektivität in den spekta-

kulären Beziehungen verbirgt deren Charakter als Beziehung zwischen Menschen und zwischen Klassen: eine zweite Natur scheint unsere Umwelt mit ihren unvermeidlichen Gesetzen zu beherrschen.“ (22) So wie Georg Lukács die rein kontemplative, die nur betrachtende, anschauende Sichtweise des bürgerlichen Denkens beschrieben und kritisiert hat, sieht Debord die Menschen im Spektakel auf die Rolle von Zuschauern reduziert.

Debords Orientierung an den Marxschen Kategorien ist eindeutig. Das Kapital ist bei Debord nicht primär als selbstbewußte Macht, sondern als automatisches Subjekt gegenwärtig, als „sich selbst bewegende Wirtschaft“. (27) Im Spektakel ist die selbe irre machende Gleichzeitigkeit von Wirklichkeit und verkehrtem Schein gegenwärtig, wie sie Marx bereits in der einfachen Warenform aufgezeigt hat: „Das Spektakel, das das Wirkliche verkehrt, wird wirklich erzeugt.“ (16) Die Parallele zur Realabstraktion des Werts ist hier offensichtlich. Anselm Jappe hat zu recht darauf hingewiesen, daß bei Debord das Spektakel „nicht nur eine Folge der Denkabstraktion, sondern vor allem der ‘Realabstraktion’ ist, auch wenn Debord diesen Unterschied nicht ausdrücklich macht.“¹¹ Während im Wert von jeder Gesellschaftlichkeit abstrahiert wird, obwohl er nichts anderes als Ausdruck bestimmter gesellschaftlicher Verhältnisse ist, abstrahieren die Bilder des Spektakels von allem Lebendigen, das Debord als positiven Gegenpol zur spektakulären Herrschaft betrachtet. Dadurch, daß im Lebendigen der positive Gegenpol zur toten, unmenschlichen Abstraktion gesehen wird, droht De-

bord allerdings – ähnlich wie andere Situationisten, insbesondere Raoul Vaneigem¹² – zeitweise in Vitalismus, Anthropologie und Lebensphilosophie abzugleiten.¹³

Debord konstatiert, daß „in der wirklich verkehrten Welt das Wahre ein Moment des Falschen (ist).“ (16) Basiert die Gesellschaft auf einem falschen, weil verkehrten Prinzip, und ist dieses Prinzip in dem Sinne total, daß es alle Bereiche der Gesellschaft tendenziell durchdringt und strukturiert, so ist jede positiv gefaßte Aussage über diese Gesellschaft insofern immer falsch, als ihr die Affirmation des falschen, verkehrten Grundprinzips der Wertform zugrundeliegt. Selbst der emanzipative Impuls verkehrt sich dadurch, ist er sich über die gesellschaftliche Struktur, von der es sich gilt zu emanzipieren, nicht bewußt, in Affirmation: „Als Revolutionär war Debord Mathematiker; er bestand darauf, daß sich im Spektakel alle Dinge in ihr Gegenteil verkehrten.“¹⁴

Das Spektakel ist die materielle Wiederkehr des Vorgängers des Warenfetischs, der „materielle Wiederaufbau der religiösen Illusion.“ (28) Mit seinen selbstgeschaffenen Verfahrensformen ist es ein „Pseudo-Heiliges“. (23) Debord konstatiert Gemeinsamkeiten zwischen Religion und Warenfetischismus, tendiert dabei aber dazu, den Warenfetischismus nicht mehr im streng Marxschen Sinne zu verstehen, sondern zu einem Begriff zu machen, in dem sich vor allem die fast libidinöse Beziehung von Menschen zu den in Warenform existierenden Dingen zeigt: „Wie bei dem krampfhaften Taumeln oder den Wunderheilungen der Schwärmer des alten reli-

giösen Fetischismus gelangt auch der Warenfetischismus zu Momenten schwärmerischer Erregung.“ (54)

Das keynesianische Akkumulationsmodell mit seiner Bindung an den Massenkonsum fungiert bei Debord als Grundlage für die Ausdehnung der fetischistischen Warenherrschaft von der Produktion in die Sphäre der Konsumtion. Anders als große Teile der kommunistischen und sozialistischen Linken in Frankreich und auch in anderen Ländern, sah Debord im keynesianischen Wohlfahrtsstaat nichts zu Verteidigendes. In der sozialstaatlichen Alimentierung des Proletariats sah er vielmehr einen integralen Bestandteil des modernen Spektakels. Neben die Entfremdung in der Produktion trete „der entfremdete Konsum“ als „eine zusätzliche Pflicht für die Massen.“ (35) Der produzierte Überschuss an Waren erfordert von den ihn Produzierenden „einen Überschuss an Kollaboration.“ (36)

Bei Debord lassen sich Hinweise darauf finden, wie eine Forschung, welche die Fetischisierung einzelner Waren untersucht, in Verbindung gebracht werden kann mit einer allgemeinen Kritik des Fetischismus. In der Regel führt die Kritik an der Überbewertung einer bestimmten Ware zur Affirmation des Warendaseins der Dinge überhaupt. Die Rede vom „Fetisch Auto“ etwa rührt in keiner Weise an den Produktionsbedingungen, unter denen Autos als Waren hergestellt und dadurch mit Radiergummis, Eisbechern und Topfpflanzen vergleichbar werden. Wenn Debord hingegen vom „Spektakel der Automobile“ (53) spricht, zeigt er anhand einer bestimmten, in der kapitalistischen Gesellschaft zumindest

in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ausgesprochen wichtigen Ware, die zerstörerische Kraft von Warenherrschaft im allgemeinen auf.

Aber auch wenn Debord die Kritik an einzelnen Waren und dem jeweiligen Verlangen nach ihnen immer in eine allgemeine Kritik an der Warenförmigkeit der Dinge bettet, bleibt seine Selbstverständlichkeit, mit der er von der „Künstlichkeit“ (37) bestimmter Bedürfnisse spricht, problematisch. Mit seiner Abqualifizierung von „Pseudo-bedürfnissen“ (40) suggeriert er, die eigentliche Bedürfnisstruktur menschlicher Individuen zu kennen. Mit der Kritik angeblich falscher Bedürfnisse geht eine unkritische Bezugnahme auf den Gebrauchswert einher. Debord sieht den Gebrauchswert mit der fortschreitenden Entwicklung der Warengesellschaft zusehendes verkümmern. Dem „tendenziellen Fall des Gebrauchswerts“ (38) auf der einen Seite, von dem auch Marensin mehrfach spricht, stehen bei Debord die bereits vorhandenen Bedingungen für die autonome Herrschaft des Tauschswerts gegenüber, der nur zu seiner Durchsetzung des Gebrauchswerts bedarf habe. Der Gebrauchswert als immer schon und immer noch konstituierender Bestandteil der Ware gerät bei Debord aus dem Blick.

In einem merkwürdigen Widerspruch zu Debords Ausführungen zum Spektakel als nochmals gesteigerter Form der Mystifikation, als potenzierten oder vollendeten Fetischismus, der die Menschen zu Zuschauern degradiert, steht seine Bezugnahme auf die Marxschen Ausführungen aus dem „Manifest der Kommunistischen Partei“. Debord schreibt, eine Formu-

lierung aus dem „Manifest“ direkt übernehmend: „Indem sie in die Geschichte geworfen sind, indem sie an der Arbeit und an den Kämpfen, aus denen diese Geschichte besteht, teilnehmen müssen, sind die Menschen gezwungen, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen.“ (61) Gleichzeitig beschreibt er ausführlich und eindrucksvoll, wie die Augen der Menschen nur mehr auf das sich scheinbar völlig unabhängig von ihnen abspielende Spektakel gerichtet sind. Während bei Marx die Formulierungen des „Manifests“ bezüglich der angeblichen Klarsichtigkeit der Menschen in der bürgerlichen Gesellschaft daraus erklärbar sind, daß er zu dieser Zeit seine Werttheorie und die in ihr enthaltene Kritik des Fetischismus noch nicht entwickelt hatte, bedient sich Debord, der die Fetischkritik aus dem „Kapital“ kennt, je nach Erfordernis beim frühen oder beim späten Marx – was an sich noch nicht zu kritisieren wäre, aber dann problematisch wird, wenn sich die jeweiligen Textstellen inhaltlich widersprechen.

Spektakel und Staat

Debord denkt die Darstellung der Totalität der fetischistischen Warenwelt im Spektakel



Guy Debord, Michèle Bernstein und Asger Jorn in Paris, 1961

10 Vgl. Jappe, Anselm: *Sic transit gloria artis. Theorien über das Ende der Kunst bei Theodor W. Adorno und Guy Debord.* in: *Krisis*, Nr. 15, 1995, S. 146

11 Jappe, Anselm: *Politik des Spektakels – Spektakel der Politik. Zur Aktualität der Theorie von Guy Debord.* in: *Krisis*, Nr. 20, 1998, S. 109

12 Vgl. Vaneigem, Raoul: *An die Lebenden! Eine Streitschrift gegen die Welt der Ökonomie.* Hamburg 1997

13 Vgl. dazu Bruhn, Joachim: *Der Untergang der Roten Armee Fraktion. Eine Erinnerung für die Revolution.* in: *Marensin, a. a. O.*, S. 25. Auch Jappe weist auf die „existenzialistisch-vitalistischen Einschlüsse“ bei Debord hin. Jappe: *Politik des Spektakels*, a. a. O., S. 120

14 Marcus, a. a. O., S. 135

kel immer im Zusammenhang mit der politischen Gewalt, mit dem staatlichen Souverän: „Die verallgemeinerte Entzweiung des Spektakels ist untrennbar vom modernen Staat“. (22) Debord konstatiert zwar eine Verselbständigung der Ökonomie vom bewußten Handeln der Menschen, aber eben keine Verselbständigung der Wirtschaft vom Staat in dem Sinne, daß der Staat wieder als positiv eingreifender Regulator angerufen werden könnte. Die spektakuläre Gesellschaft basiert zwar auf Verselbständigungen, aber gerade über diese Verselbständigungen konstituiert sie ihre Einheit. Debord reflektiert die notwendige Trennung der politischen Gewalt von der Ökonomie, die sie zu garantieren hat, ohne diese Gewalt positiv aufzuladen oder für völlig autonom zu erklären: „Wie die moderne Gesellschaft ist das Spektakel zugleich geeint und geteilt. Wie sie baut es seine Einheit auf der Zerrissenheit auf.“ Gegen das im staatsfetischistischen Marxismus gängige Ausspielen vom freien Markt gegen den Staat richtet sich Debord mit dem Verweis auf die gegenseitige Abhängigkeit der beiden, die gesellschaftliche Totalität in der bürgerlichen Gesellschaft konstatierenden Instanzen: „Von jeder der beiden läßt sich sagen, daß sie die andere in der Gewalt hat. Sie einander gegenüberzustellen, zu unterscheiden, worin sie vernünftig und worin sie unvernünftig sind, ist absurd.“ (284)

Debords Staatskritik geht einher mit einer Kritik der Politik. Politik müßte sich auf Widersprüche in der spektakulären Gesellschaft beziehen. Debord leugnet auch nicht, daß diese Widersprüche existieren, aber er desavouiert den Glauben an die system-

transformierende Kraft dieser Widersprüche: „Aber wenn der Widerspruch im Spektakel auftaucht, wird ihm seinerseits durch eine Umkehrung seines Sinnes widersprochen.“ (45) Die Totalität ist bei Debord zwar widersprüchlich, aber die Widersprüche sind der Totalität immanent. Daher ist auch die Politik, die der Widersprüche bedarf, selbst dem Spektakel immanent und weist nicht über es hinaus.

Das Proletariat im Spektakel

Die Praxis des Proletariats als revolutionäre Klasse kann für Debord „nicht weniger sein als das geschichtliche Bewußtsein, das auf die Totalität seiner Welt wirkt.“ (64) Damit ist aber noch nichts darüber gesagt, ob das Proletariat als real existierende und zunächst nicht besonders revolutionäre Klasse dieses geschichtlichen Bewußtsein auch hat. Dennoch bleibt für Debord – zumindest noch in „Die Gesellschaft des Spektakels“ – das Proletariat jene Menschengruppe, die als Klasse die Emanzipation zu verwirklichen, den Fetischismus zu durchbrechen und aufzuheben hat. Subjektiv sei das Proletariat „noch von seinem praktischen Klassenbewußtsein entfernt (...)“. (102) Wenn aber das Proletariat entdeckt, „daß seine geäußerte eigene Kraft zur fortwährenden Verstärkung der kapitalistischen Gesellschaft beiträgt, (...) entdeckt es auch durch die konkrete geschichtliche Erfahrung, daß es die Klasse ist, die jeder erstarrten Äußerung und jeder Spezialisierung der Macht total feind ist.“ (102f.) Debord ist Ende der 60er Jahre kritisch gegenüber dem gegenwärtigen Proletariat, aber durchaus zuversichtlich für die Zukunft. Die Emanzipation

wird bei ihm noch mit dem Selbstbewußtsein des Proletariats zusammengedacht. Das Proletariat erschien Debord kurz vor den Ereignissen des Pariser Mai von 1968 als „einzige(r) Bewerber um das geschichtliche Leben“. (72) Erst später, in den 90er Jahren, erkannte er, auch wenn er sich von der Vorstellung vom Proletariat als Vollender der Emanzipation nicht gänzlich verabschiedete, daß die Klassenherrschaft, wie er in der Vorrede zur dritten französischen Ausgabe von „Die Gesellschaft des Spektakels“ formuliert, „mit einer Versöhnung geendet hat“ (8), daß also das Proletariat, statt die Feindschaft zu Staat und Kapital zu entwickeln, auf die volle Integration in das fetischistische Warenspektakel gesetzt hat und die falsche Totalität der Gesellschaft nunmehr ohne Negation, ohne Einspruch existiert. In den „Kommentaren“ ist jener kritische Pessimismus, der auch die Texte anderer Gesellschaftskritiker seit dem Nationalsozialismus prägte, in potenzierte Form und mit den in solchen Zusammenhängen offensichtlich obligatorischen Übertreibungen anwesend: „Zum ersten Mal im modernen Europa versucht keine Partei oder Splittergruppe auch bloß vorzugeben, sie wolle es wagen, etwas von Belang zu ändern. (...) Es ist ein für alle Mal geschehen um jene beunruhigende Konzeption, die mehr als zweihundert Jahre vorgeherrscht hat und derzufolge man eine Gesellschaft kritisieren oder ändern, sie reformieren oder revolutionieren kann.“ (213)

Die Vorstellung Debords, wie das Proletariat zu einem systemtransformierenden Bewußtsein gelangen kann, war aber schon in den 60er Jahren

beachtlich. So sehr er ein Freund der Spontanität war, so sehr war ihm doch bewußt, daß ein unmittelbar und unreflektiert artikuliertes Unbehagen keineswegs von sich aus über das Spektakel hinausweist. Er war sich im klaren darüber, „daß die Unzufriedenheit selbst zu einer Ware geworden ist.“ (48) Debord war seiner Zeit einerseits verhaftet, da er sich die Emanzipation nur als proletarische Revolution vorstellen konnte. Andererseits war er seiner Zeit voraus, da er die einzige Möglichkeit, daß die Revolution doch einmal Wirklichkeit werden könnte, in der massenhaften Aneignung kritischer Gesellschaftstheorie sah: „Die proletarische Revolution hängt gänzlich von der Notwendigkeit ab, daß die Massen zum ersten Mal die Theorie als Verständnis der menschlichen Praxis anerkennen und erleben müssen. Sie fordert, daß die Arbeiter zu Dialektikern werden und daß sie in die Praxis ihr Denken einschreiben“. (107)

Noch wenige Jahre zuvor war die Begeisterung für spontane Protest- und Widerstandsaktionen bei den Situationisten sehr viel ausgeprägter. Nach der ordnungsapologetischen und staatsfetischistischen Kritik fast aller linken Strömungen an den Krawallen in Watts 1965 schwang sich die Situationistische Internationale in der zehnten Nummer ihrer gleichnamigen Zeitschrift zu einer vehementen Verteidigung der Riots auf. Sie nahm die Aufständischen aber nicht nur einfach gegen die Angriffe der reformistischen und mit der Herrschaft fraternalisierenden Linken in Schutz, sondern deklarierte die ganze Angelegenheit zu einer „Revolte gegen die Ware“ und bescheinigte den Plün-

dernden, daß sie den „Tauschwert und die Warenwirklichkeit“¹⁵ ablehnen. Den scheinbaren Subjektstatus der Ware sahen sie im Riot aufgehoben: „Der Mensch, der die Waren zerstört, zeigt dadurch seine Überlegenheit gegenüber den Waren.“¹⁶ Diebstahl erscheint den Situationisten als antikapitalistischer, den Fetischismus der bürgerlichen Gesellschaft aufhebender Akt: „Sobald die Warenproduktion nicht mehr gekauft wird, wird sie kritisierbar (...). Nur wenn sie mit Geld (...) bezahlt wird, wird sie wie ein bewundernswerter Fetisch respektiert.“¹⁷ Die Problematik und die Ambivalenzen, die in jedem spontanen Widerstand gegen die fetischistische Warenherrschaft, der sich über Struktur und Funktionsweise von Ökonomie und Politik nicht bewußt ist, enthalten sind, wird nicht thematisiert. Die richtige Verteidigung der Respektlosigkeit gegenüber den Eigentumsverhältnissen wird hier zur falschen Annahme, diese Respektlosigkeit impliziere von sich aus eine Kritik am Eigentum überhaupt. Der Dieb kritisiert aber nicht die Ware, sondern eignet sie sich an – eine Erkenntnis, die in den siebziger Jahren auch in dem Kreis der Situationisten zu vernehmen war: „Der Diebstahl, auch wenn ihm die Verteilung folgt, stellt den Kapitalismus überhaupt nicht in Frage; er ist im Gegenteil eine seiner Ausdrucksformen.“¹⁸

Verschwörung statt subjektloser Herrschaft

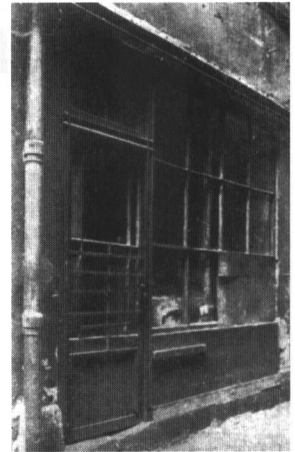
In den neunziger Jahren sah Debord nochmals eine Steigerung der Mystifikation. Aber gerade in seinen späteren Texten bleibt es stets merkwürdig unklar, ob der Mystizismus und Fetischismus der Warengesellschaft, ob die spekta-

kuläre Gewalt nun in erster Linie einer subjektlosen Herrschaft geschuldet ist, oder permanent durch bewußte Manipulation hergestellt wird. In den „Kommentaren“ wird immer unklarer, was mit dem „generalisierte(n) Geheimnis“ (204), das hinter dem Spektakel steht, genau gemeint ist. Es scheint zunehmend so, als ob in den „Kommentaren“ mit dem Geheimnis des Spektakels nicht mehr ein Geheimnis im Sinne des Fetischcharakters der Ware gemeint ist, sondern ein von Geheimdiensten gehütetes spezielles Herrschaftswissen. Debord droht in seinen späteren Texten von seiner aktualisierten, die Transformationen der Gesellschaft im 20. Jahrhundert zumindest partiell reflektierenden Fetischkritik aus der „Gesellschaft des Spektakels“ zunehmend in Verschwörungstheorien abzugleiten: „Die Kritik der gesellschaftlichen Totalität des modernen Kapitalismus tritt zugunsten einer traditionellen Manipulationstheorie in den Hintergrund.“¹⁹ Diese Manipulations- und Verschwörungstheorie läßt sich auch nicht dadurch rechtfertigen, daß es selbstverständlich Manipulation und Verschwörung real gibt. Es käme gerade darauf an, diese in Beziehung zur fetischistischen Grundlage der Gesellschaft zu analysieren, was Debord nur noch in Ansätzen versucht.

Der größte Mangel von Debord jedoch besteht – neben seiner unkritischen Bezugnahme auf das Marxsche Frühwerk bei gleichzeitiger weitgehender Ausblendung der Implikationen der Marxschen Wertformanalyse und ihrer Implikationen für einen Begriff des Kapitals – in seiner Ignoranz gegenüber dem Nationalsozialismus und seinem spezifischen Vernich-

tungsantisemitismus. Er erörtert zwar in knappen Worten den Beitrag des Faschismus zur Herausbildung des modernen Spektakels, kann ihn aber nur mit einem totalitarismustheoretischen Vokabular beschreiben. Die gleichzeitige Kritik an faschistischer und stalinistischer Herrschaft zeigt zwar eine Parallele beispielsweise zu Theodor W. Adorno und Max Horkheimer auf, aber die Ausblendung des spezifisch nationalsozialistischen Antisemitismus markiert in diesem Zusammenhang eine der deutlichsten Differenzen der Situationisten zur Kritischen Theorie. In Debords Hauptwerk, das „immerhin das Wesen der Gegenwart auf den Begriff zu bringen verspricht, findet sich kein Wort über Antisemitismus, Nazismus, Massenvernichtung.“²⁰

Dennoch: Debord hat mit seinem Versuch, die Marxsche Kritik des Fetischismus und an ihr orientierter Theorien aufzugreifen, weiterzuentwickeln und zu einer zeitgemäßen Kritik fetischistischer, sich spektakulär darstellender Warenherrschaft zu verdichten neben der Kritischen Theorie eine der wichtigsten Kritiken der bürgerlichen Gesellschaft im 20. Jahrhundert geliefert und in Frankreich früh eine fetischkritische Tradition begründet, die heute beispielsweise von Gruppen wie „Encyclopédie des Nuisances“²¹ fortzuführen versucht wird. ■



Vermuteter Treffpunkt der Situationistischen Internationale in Paris

15 Niedergang und Fall der spektakulären Warenökonomie. in: *Der Beginn einer Epoche. Texte der Situationisten*. Hamburg 1995, S. 176. Herv. i. Orig.

16 Ebd., S. 177

17 Ebd.

18 Marenssin, a. a. O., S. 132

19 Benl, a. a. O., S. 75

20 Bruhn, a. a. O., S. 24. Vgl. auch Benl, a. a. O., S. 73 ff.

21 Vgl. *Encyclopédie des Nuisances: Bemerkungen über die Lähmung vom Dezember 1995*. in: *Babamas*, Nr. 22, 1997, S. 10 ff.

Wenn Linke vergleichen

AnttimperialistInnen sehen überall Holocauste; AntirassistInnen setzen Schubhähnen, MenschenrechtlerInnen Lager während des Bosnienkrieges, TierrechtlerInnen „Tierfabriken“ mit KZs gleich. Soll mit Holocaustrelativierungen die Massen erreicht werden? RevisionistInnen freuen sich jetzt schon.

VON MARC ZANNONI*

Wer meint mit dem Vokabular, das ihr/ihm zur Beschreibung derzeitiger Zustände zur Verfügung steht, nicht auszukommen, greift auch gern mal zu Superlativen menschlicher Bestialität. Andere, denen die Worte nie ausgehen, stört die Singularität, die sie an die eigene Verstrickung mit dem größten Verbrechen der Menschheitsgeschichte erinnert und ihnen die unbeschwerte Anprangerung Israels, oder gar unverblümt aller Juden und Jüdinnen, vermiest. Die Entdeckung des Gefühls als Denkorgan gibt dem Rest die Selbstsicherheit, RassistInnen, FaschistInnen und eliminatorische AntisemitInnen mit AnthropozentristInnen, ungeachtet all der daraus resultierenden Konsequenzen, gleichzusetzen. In der Gewißheit sich politisch links, d.h. auf der richtigen Seite, wähnen zu können, ist es all jenen unbegreiflich, potentielle StichwortgeberInnen und ideologische WegbereiterInnen für reaktionäres Gedankengut, dem sie sich durchaus antagonistisch gegenüber sehen, zu sein.

Im Widerstandsmund,¹ einem Rundmail der Protestbewegung gegen schwarzblau, schrieb ein gewisser „john s.“, daß die „Schubhaft [...] heutzutage die moderne Form des Konzentrationslagers“ sei, und weiter zum Thema Stürmung des Schlingensief-Containers: „Dort wurde ein mutiger Befreiungsangriff auf ein Konzentrationslager inszeniert.“² Vollkommen ignorant reagiert

selbiger auf die Kritik, die zwei Tage später folgt. Er habe nur einen wichtigen Beitrag zur Debatte schreiben wollen und er stehe noch immer zu der Aussage. Seine darauf einsetzende Rechtfertigung führt über die englische Sprachwissenschaft zur These eines modernen Hitlers und landet schlußendlich beim Zwang, vergleichen zu müssen. In vollkommen verquerrer Weise wird denen, die die historische Einmaligkeit von Konzentrationslagern betonen, vorgeworfen, „viel zu sehr den Nationalsozialismus und seine Folgen in eine hermetisch versiegelte Schublade in der Vergangenheit zu schieben“ und „in dem abgehobenen Namen eines sorgfältigen Umgangs mit der Vergangenheit, schafft man nur eine schädliche Verdrängungspolitik, die jeden Diskurs über diese Vergangenheit mit Bezug auf die Gegenwart tabuisiert.“³ Zwar steht Günther Ecker von SOS-Menschenrechte den Ausführungen Johns ablehnend gegenüber, kann aber selber nicht umhin, im Bosnienkrieg „KZs“ zu verorten,⁴ und findet einen Tag später, daß „den gesamten Beitrag und die Person niederzumachen, weil man mit einem Detail nicht einverstanden ist“ (Hervorhebung d. Verf.), unklug sei. Unbeirrt trifft John in derselben MUND-Ausgabe eine Feststellung, die sonst in Faschoblätern anzutreffen ist: „Ich lasse mich von der Tabuisierung mit Sachen Drittes Reich, die ich angesprochen habe, nicht bevor-

munden.“⁵ Ende Juni tauchte schließlich im MUND auch noch eine Vortragsankündigung auf, welche sich der besonderen „Kraft“ des Swastikas widmete.

Mit der Zuspitzung der politischen Lage im Nahen Osten fanden sich natürlich wieder die üblichen Mails der Revolutionär Kommunistischen Liga (RKL) im MUND, die die Unterdrückung der PalästinenserInnen mit der Shoa gleichsetzen. Am Dienstag, den 18. Oktober, rutschte dem verantwortlichen Redakteur sogar ein Mail mit offenem christlichen Antisemitismus durch und fand sich damit in der von fünftausend Personen gelesenen Internetzeitung wieder.

Den Preis für Jenseitige des Jahres erhält aber das TATblatt für dessen 80-Seiten starke Tierrechtsnummer, in der bis auf die InterviewerInnen einer neunseitigen Diskussion nur TierrechtlerInnen zu Wort kommen. Zentrales Anliegen dieser Ausgabe war laut Eigendarstellung die Überwindung von gegenseitigen „Vorurteilen“ der Tiergruppen und ihrer KritikerInnen, sowie die Vorstellung verschiedener tierbewegter Initiativen und Theorien zur Behebung „mangelnder Informationen“.

Um die menschenverachtendsten Teile der Sondernummer nachvollziehen zu können, sei erst einmal ein zentraler Begriff der EntdeckerInnen neuer Antagonismen vorgestellt: Ser Speziesismus als Kennzeichnung einer „willkürliche[n] Benachteiligung anderer aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Tierart“.⁶ Dem ist die Vorstellung zugrundegelegt, daß die geläufige Grenzziehung zwischen Mensch und Tier eine zu de-

*) Marc Zannoni studiert Informatik in Wien.

konstruierende Konstruktion sei. Grund dafür ist die Ansicht, daß leidensfähige Lebewesen, also Menschen und Tiere, die gleichen Rechte in der Gesellschaft innehaben sollen und gleich behandelt werden müssen. Behauptet wird des weiteren, daß Tiere ebenso wie Menschen ein (Selbst-)Bewußtsein, Individualität, Empfindungen und die Fähigkeit zur Selbstentfaltung bzw. Entwicklung besitzen. Menschen, die diese Gleichsetzung nicht ziehen möchten, wird vorgeworfen, für die Ausbeutung und das Quälen von Tieren zu sein. Ein Vorwurf der völlig am Punkt vorbeigeht. Nicht grausamer Umgang mit Tieren ist das Anliegen der KritikerInnen, sondern die Erahnung der Konsequenzen und Fehlerhaftigkeit, die einer derartigen Gleichsetzung inhärent ist, wie auch die in weiterer Folge durch Speziesismus-Vorwürfe verdeckte Gesellschaftsanalyse. Kennzeichen des geistigen Zustandes in der für Tiere kämpfenden Szene sind die, aus der konsequenten Umlegung Menschen benachteiligender Einstellungen auf Tiere zustandekommende, unsäglichen Vergleiche mit Sklaven, KZs oder Vergewaltigungen. Damit ist es nicht verwunderlich, wenn TierrechtlerInnen Menschen, die einen Unterschied zwischen Mensch und Tier sehen, als faschistisch bzw. rassistisch bezeichnen, oder die wertmaximierende Nutzung von Tieren auf Speziesismus zurückführen. So sehr die Tieravangarde ihrem Nivellierungsansatz moralische Wahrheit zuschreibt, so wenig erfaßt sie den gesellschaftlichen Status quo, deren Verfaßtheit die reale Auswirkung dieser „veritas“ mehr beeinflusst als ein marginalisierter Idealismus. Je

mehr die Distinktion zwischen Menschen und Tieren verschwindet, desto wahrscheinlicher wird der objektivierte Zugriff der Eugenik, Euthanasie und Genetik auf den Menschen. Vorbildwirkung hat in diesem Zusammenhang Peter Singer, dessen Kriterien „leidend“, „selbstversorgend“ und „Selbstbewußtsein“ ein Lebewesen mit den Prädikaten „lebenswert“ oder „lebensunwert“ abstempeln, sowie die Aufhebung der Mensch-Tier-Grenze die Etablierung anderer Trennlinien ermöglicht. Für Singer besitzen Menschen, die sich selber nicht versorgen können, wie „geistig schwerstbehinderte Kleinkinder“ oder „Menschen mit fortgeschrittener Senilität“, weniger Recht auf Leben als Tiere. Zu betonen ist, daß diese Ansichten nicht an eine Einzelperson gebunden, sondern ein Produkt sind, welches diskursiv durch das Konzept „Speziesismus“ denkbar gemacht wurde.

Ein Aktivist der „Offensive für Tierrechte“ (OFT) publizierte in der TATblatt-Sondernummer einen Artikel mit der Überschrift „Tier-KZ? Analyse und Verwerfung eines Vergleiches“. ⁷ Rationaler Auseinandersetzung verpflichtet ungeachtet der Fragestellung und „gegenüber Speziesismus unvoreingenommen“ untersucht der Autor die in der Tierrechtsbewegung anzutreffende Gleichsetzung von Massentierhaltung mit KZs. Anfangs läßt der OFTler keinen Zweifel daran, daß die anderen, die „Bürgerlichen“, jene sind, die die obigen Vergleiche ziehen und nicht jene Fraktion der TierrechtlerInnen, zu denen er sich zählt, die „überzeugte[n] antifaschistische[n] und dezidiert anarchistische[n] Tierrechtsgruppen.“

Nachdem er sich der Darstellung nationalsozialistischer Ideologie gewidmet hat, wird seine Intention spätestens im Abschnitt „Asylantenheim oder Tiertransporter“ verdächtig, wo er den Versuch unternimmt, die Legitimität vergleichender Analysen darzulegen. Die Bestätigung folgt darauf. Zuerst gesteht er KZ-Überlebenden und deren Verwandten, das Recht zu, KZ-Vergleiche zu ziehen, unter anderem auch Peter Singer, Enkel im KZ Ermordeter, und zugleich prominenter Eugeniker. Daran anschließend wird den Überlebenden Ruth Klüger und Edgar Kupfer-Koberwitz, deren Erfahrungen es ihnen verunmöglichen, sich „von dem Leid und vom Tod anderer Lebewesen [zu] ernähren,“ unterstellt, einen Vergleich des eigenen Leides mit jenen von Tieren bzw. der Massentierhaltung mit KZs zu ziehen, noch dazu als Konsequenz persönlicher Erlebnisse.

Für den Mangel an ernsthafter Auseinandersetzung mit Antisemitismus steht dann der Satz: „Bei Vereinen wie dem VgT-Schweiz ist eine antisemitische und bewußt geschichts-revisionistische Motivation sogar wahrscheinlich.“ Es scheint, als ob die Warnung Kesslers, des Vorsitzenden des VgT-Schweiz, vor „getarnten jüdischen Kreisen“, sein Kampf gegen das schweizer Antirassismus-Gesetz und seine Internetseite, auf der ein Video über „jüdisches Schächten“ zum downloaden oder ein Artikel mit der Überschrift „Schächtprozess: Jüdische Medienmanipulation“ zu finden ist, nicht ausreichend sind, um eine klare Aussage zu treffen.

Der Autor meint, daß KZ-Überlebende, welche Vergleiche ziehen, seien es nun von KZ-Überlebenden selbst ge-

zogene oder vom Autor in den Mund gelegte, dies tun dürfen. Allen anderen werden nur zwei mögliche, für den Autor unzutreffende, Argumente zugestanden, mit denen sie sich gegen einen Vergleich der Opfer der Shoa mit Tieren wehren dürfen.

„Dieses Argument [Verhöhnung der Opfer, d.V.] ist eher fragwürdig, da sich die lebenden oder toten Opfer der Shoa nur

- 1) durch den Vergleich ihrer Leiden mit den Leiden von ‚geringeren Individuen‘ wie nichtmenschlichen Tieren oder
- 2) durch den Vergleich ihrer Leiden mit ‚geringeren Leiden‘ verhöhnt, gedemütigt oder gekränkt fühlen können.“

Seine Kommentare lesen sich wie folgt:

„Ad 1.) Den Leiden von Menschen und Tieren ist der gleiche Respekt zu zollen, alles andere ist nichts anderes als der Ausdruck des gewohnten herrschenden Speziesismus, für den es keine Grundlage außer Gewohnheit, Bequemlichkeit, Willkür und Macht der herrschenden Gruppe gibt (in allen bisherigen Gesellschaften: speziesistische Menschen).

Ad 2.) Es ist kein überzeugender Grund vorgebracht worden, warum die Opfer der Nazis mehr gelitten haben sollen als die Opfer der heutigen Mord- und Ausbeutungsfarmen der Tierindustrie.[sic!]“

Zuerst wird jenen KZ-Überlebenden, die ihr Leid mit jenen von Tieren vergleichen, die Berechtigung zugesprochen dies zu tun. Im zweiten Schritt werden alle anderen, durch die Argumente, die der Autor diesen zugesteht, als SpeziesistInnen „entlarvt“ bzw. die Bewertung ihrer Leiden im KZ aberkannt. Mit

dieser eigenwilligen Beweisführung schwingt sich der Autor zum Richter über die Erfahrungen und Reaktionen KZ-Überlebender auf.

Sein Text ist die logische Schlußfolgerung eines Ansatzes, der jeglichen Unterschied zwischen Tieren und Menschen verleugnet. Nicht genug, schließt der OFT-Denkfaule mit der Aussage: „Ich bin aber auch nicht der Auffassung, daß das, was den Tieren heute angetan wird, weniger schlimm oder weniger verurteilenswürdig ist, als das, was in den NS-Konzentrations-, Arbeits- und Vernichtungslagern, in den Ghettos und auf den Straßen der Städte vor Augen aller geschehen ist.“ Wurde zuerst der KZ-Vergleich vom Schreiber angeprangert, so entpuppt sich dies als rein symbolische und oberflächliche Geste. Das Grauen und das Leiden, welche während des Nationalsozialismus erlebt wurden, wird durch seine Überlegungen relativiert und Vergleiche mit dem NS-Regime ermöglicht. Somit unternimmt er doch noch einen Vergleich, den er zuvor anscheinend nur aufgrund seiner beliebigen Anwendung und nicht ob seiner Verneinung der Singularität kritisiert hat.

Auch die im Anhang kommentarlos vorgestellten Gruppen und Zeitungen haben es in sich. Ganz keck zieht sich die TATblatt-Redaktion mit dem Hinweis, die LeserInnen seien ja „mündige Menschen,“ aus der Bredouille, Verantwortung für die Inhalte ihrer Zeitung übernehmen zu müssen und schließt mit „Also, selber ausprobieren“. Was soll hier selber ausprobiert werden? Neu-rechtes oder verqueres linkes Gedankengut

zu erkennen? Wer so viel Vertrauen in die „Leserschaft“ hat, darf sich nicht wundern, wenn sie ihnen pseudo-kritische „Tier-KZ“-Artikel zukommen läßt. Aber auch die Redaktion selber hat ihre Schwierigkeiten, mündig zu sein, stellt sie doch ein Bild eines Menschen, dessen Waffe auf Schafe gerichtet ist, drei Seiten vor ein bekanntes Bild der Ausstellung „Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht“, in dem Angehörige der Wehrmacht Menschen erschossen, druckt die Adressen antisemitischer und rassistischer Gruppen trotz ihres Wissens um die dort gängigen KZ-Vergleiche ab und erwidert auf einen kritischen Lesbrief der Ökoli mit einem trotzi gen Hinweis auf das mehr als dürftige Alibi-Editorial. Angst vor Auseinandersetzung ist auch eine Form der Auseinandersetzung. Einen Blick auf die Internetseiten von „TaTsache“ zu werfen, hätte genügt, um herauszufinden, daß die von „Tierschutz aktiv Tirol“ herausgegebene Zeitschrift einen Artikel von einem Wilhelm Busch abdruckt, der behauptet, die „wertende Unterteilung in Unter- und Herrenmenschen,“ soll heißen Rassismus, gäbe es nicht mehr. Desweiteren wird dort der in „islamischen und jüdischen Ländern“ von TouristInnen erwartete „Respekt vor Gesetz und Religion“ beklagt, während Angehörige dieser beiden Religionen in Österreich diesen „Respekt“ vermissen ließen.

Auf der Internetseite des VgT-Österreich stossen Recherchierende auf „Tierto-destransporte“, „Schweine-KZs“ und die stolze Erwähnung ihres verstorbenen Förderers, William Weiss, der mit

der „Fondation Brigitte Bardot“ zusammenarbeitete. Nicht nur VgT-Schweiz und VgT-Deutschland sind antisemitisch, sondern auch der VgT-Österreich wettet gerne gegen das Schächten und, mit rechten Gruppierungen, gegen EU und „Großfinanz.“ *Lauffeuer*, eine im TATblatt vorgestellte vegane Zeitschrift, besitzt sichtlich Schwierigkeiten, mit gesellschaftlicher Analyse. Mensch stößt bei der Lektüre eines ihrer Hefte auf den Drang, „faschistisch“ und „rassistisch“ (dieses Wort wird neuerdings jenen vorgeworfen, die gegen Kampfhunde sind) ihrer Bedeutungsmacht zu berauben, sowie auf die dumme Polemik, KritikerInnen des antispeziesistischen Ansatzes in einer Kontinuität mit AnthroposophInnen, EsoterikerInnen und Nazis der ersten Hälfte des 20. Jhdts. zu stellen. Klassisch kulturpessimistisch wird in einer anderen Ausgabe die Börsartigkeit des Menschen ontologisiert, denn diese habe sich seit Jahrtausenden nicht geändert, da hilft auch keine Entnazifizierung. Dadurch wird wieder einmal der Nationalsozialismus seiner qualitativen Differenz zu bisherigen Diktaturen, Kriegen und Unterdrückungsformen beraubt und verharmlost. Ebenso unbekümmert hantiert die *Eule* mit Begriffen, etwa wenn sie von einer „Pogromstimmung“ gegen Frontline, einer hardcore veganen Gruppe in Deutschland mit rechten Tendenzen, schreibt.¹¹ Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, daß die OFT auf ihrer Homepage ein Bild eines Pelzgeschäftes mit „Alltagsfaschismus“ untertitelt und die „Internationale Vegetarische Initiative“ sowie die „Vegane Gesellschaft Österreich“ Bücher

von Eugenik-Befürwortern und „Antispeziesisten“ wie Kaplan, Plank und Singer empfehlen. Letztere beziehen sich auch positiv auf ein Buch, welches einen Vergleich der „Tierindustrie“ mit US-amerikanischer Sklaverei betreibt.

Verantwortlich für die Akzeptanz solcher Positionen sind nicht nur die Tierrechtsgruppen selbst, sondern auch jene, die Schweigen und sich weigern sich zu positionieren, sei es im EKH, im TATblatt-Kollektiv oder im MUND bzw. dessen Redaktion. Aus Angst, die linksradikale Szene zu „spalten“ wird auf Inhalt verzichtet und Kritik ignoriert, um noch irgendeine politische Massenrelevanz zu besitzen. Nicht zu bedenken, daß diese Faulheit sich in Form von Anknüpfungspunkten für reaktionäre Ideologien rächt, gehört ebenso zum Verdrängungsprozeß wie die standhafte Weigerung, sich einen Standpunkt zu erarbeiten. Durch die Tolerierung mehr als problematischer Inhalte findet dennoch eine Positionierung statt, die konsequenterweise zur Distanzierung von jenen führen müßte, die solch menschenverachtende Positionen tolerieren.

- 1 <http://www.no-racism.net/MUND>
- 2 MUND 20.6.2000
- 3 MUND 22.6.2000
- 4 MUND 23.6.2000
- 5 MUND 24.6.2000
- 6 zit. nach Richard Ryder in: TATblatt 11/12/13/14/2000 Tier?Rechte, S. 40
- 7 TATblatt 11/12/13/14/2000 Tier?Rechte, S. 25-31
- 8 Dittfurth Jutta, *Entspannt in die Barbarei, Konkret Literatur Verlag, 1997, S.156*

Idealfreier Begriffsfetischismus

Mit reichlich Häme bedenkt Stephan Grigat in seinem Beitrag all jene, die – „im wertfetischistischen Bewußtsein verhaftet“ – „gerechten Tausch“ propagieren. Nehmen wir zum Beispiel die EZA, die wohl prototypische österreichische Organisation, die fairen Handel zu betreiben sich bemüht. Grigat argumentiert nicht, daß und warum deren Bestreben nicht zu höheren Preisen und somit besserem Leben für die WarenproduzentInnen führt, er argumentiert dies auch nicht angesichts von ich-weiß-nicht-wieviel täglich umgesetzten Tonnen Kaffeebohnen ein paar Schilling mehr für das eine oder andere Kilo ein naives und lächerliches Unterfangen sei, er argumentiert überhaupt nicht auf konkrete Tauschgeschäfte bezogen. Grigat doziert und deduziert: Da Preis immer „Ausdruck ökonomischen Zwangs“ sei, könne es einen fairen qua definitionem nicht geben.

In solch luftiger Höhe abstrakter Begrifflichkeit existiert die EZA ebenso wenig wie jede andere entwicklungspolitische Organisation. Ein Durchbrechen kapitalistischer Gesetzmäßigkeiten ist dort, da nicht verallgemeinerungs- und somit auch nicht theoriefähig, gar nicht denkbar. Die „an der Oberfläche der kapitalistischen Gesellschaft erscheinenden Phänomene“ verlieren jedwede Relevanz, damit aber auch: jede politische Praxis. Politische Theorie, die sich von allem Konkreten derart

abgrenzt, kann für sich selbst nur mehr Kritik in Anspruch nehmen. Das Problem daran: Unabhängig davon, ob richtig oder falsch, führt solche Kritik nirgendwo mehr hin.

Grigat ist in guter, will sagen schlechter Gesellschaft. Ich habe in den letzten Jahren mehr als einen Artikel gelesen, der sich diese oder eine vergleichbare Vorgangsweise zu eigen gemacht hat. Zum guten Ton dieser Beiträge scheint es überdies zu gehören, die sich den Mühen der Ebene Stellenden ob ihres niedrigen theoretischen Niveaus zu verspotten („durchgedreht“, „Kirchentagsniveau“, „Paffenmanier“, ...). Und spätestens hier wird es ärgerlich – da hätte es gar nicht mehr dessen bedurft, daß Grigat zu guter letzt noch IWF- und Weltbank-KritikerInnen gegen jene ausspielt, deren Engagement sich gegen Rassismus und Antisemitismus richtet. Könnte es sein, daß erst die Abstraktion von jedweder politischen Praxis, die in diesen Texten eingeübt wird, ihre AutorInnen zu solcherart Hohn befähigt? Oder gar umgekehrt: daß erst der Spott ihnen ihre Ignoranz gegenüber dem Konkreten ermöglicht?

Begebe ich mich ungeachtet des Gesagten auf das Grigatsche Niveau hinauf, überzeugt mich die Argumentation seines Beitrags auch nicht. Nach Grigat sind zwei gleich teure Güter auf der Wertebene immer gleich, da sich ihr Wert eben gerade durch ihren Preis defi-

nieren. Da es nur mehr einen globalisierten Markt gäbe, gelte dies weltweit. Nicht nur, daß am Weltmarkt trotz oder vielmehr aufgrund aller Globalisierung Protektionismen und Lenkungsmechanismen nur so wuchern, der eine, globalisierte Markt so gleich also nicht ist, erstaunt vor allem die Leichtigkeit, mit der der scharfe Kritiker des „Geredes“ vom gerechten Tausch selbst den Begriff Gerechtigkeit verwendet, nämlich weitgehend synonym mit der qua Begrifflichkeit konstruierten Gleichheit auf Wertebene. Wie immer man Gerechtigkeit definieren mag, so zeichnet sie sich doch sicherlich durch einen Bezug auf Menschen und Gesellschaft aus. Genau jener Bezug aber geht nach Grigat durch den Eintritt in das am Weltmarkt herrschende „andere Bezugssystem“ verloren. Von der „endgültigen Vollstreckung“ der „Gerechtigkeit des Weltmarktes“ zu schreiben, klingt provokant, daß Gerechtigkeit auf der Wertebene keine anwendbare Kategorie darstellt, hingegen schon viel langweiliger. Dann wäre weiters ziemlich banal festzustellen: wer von „gerechtem Tausch“ redet, redet eben nicht von Tausch auf der Ebene des Wertes am Weltmarkt. So ganz ist das auch Stephan Grigat nicht entgangen, wenn er, nicht ganz konsistent, schreibt, auf dem Weltmarkt gelte ein anderes Wertniveau. Da muß es dann wohl auch noch ein nicht anderes geben. ■

MARKUS KEMMERLING

ärgert es, daß Stephan Grigat in seiner Kritik „idealistischer Weltmarktkritik“ (Context XXI, 5/2000) mit Äpfeln auf Birnen schmeißt.

Botswana

Afrikanisches Musterland ?

Für viele europäische und nordamerikanische Medien ist der Staat Botswana ein afrikanisches Vorzeigeland, eine Art demokratische und wirtschaftlich erfolgreiche Enklave in einer Region, die ansonsten hauptsächlich als „hopeless continent“ (The Economist) oder „dark continent“ (The Guardian) wahrgenommen wird.

VON MARTIN BOLKOVAC*

Bei all der begeisterten Beurteilung Botswanas in den internationalen Medien wollte auch die österreichische Tageszeitung „Salzburger Nachrichten“ nicht hinten anstehen und widmete Botswana neben Mauritius eine lobende Erwähnung in ihrem Coverkommentar, natürlich nicht, ohne auf das große Chaos hinzuweisen, das den Rest des Kontinents auszeichnen würde.

Sieht man sich Indikatoren wie Pro-Kopf-Einkommen, regelmäßiges Abhalten von Wahlen, Wirtschaftswachstum, Kriminalität oder sogar den prozentuellen Anteil der Sozialausgaben am BIP an, so schneidet Botswana tatsächlich vergleichsweise gut ab. Wobei natürlich beispielsweise Vergleiche von Kriminalitätsstatistiken mit den Nachbarstaaten Simbabwe oder Südafrika von höchst zweifelhafter Ausdruckskraft sind. Schließlich haben wir es bei Botswana mit einem extrem dünn besiedelten Land zu tun, dessen größte Ansiedlung nicht mehr als 140000 Einwohner fasst. Die Bevölkerungsdichte in Simbabwe und Südafrika ist dagegen etwa 12 mal so groß. Trotzdem sind die Gefängnisse Botswanas genauso überfüllt und überbelegt wie die seiner Nachbarn. Negative Schlagzeilen machte in diesem Zusammenhang vor allem das Gefängnis von Maun, das für eine Höchstkapazität von 54 Häftlingen ausgestattet ist, aber im Jahre 1999 205 Insassen aufwies.

Die hygienischen Standards der Gefängnisse sind katastrophal, Berufsrechte existieren nur in der Theorie.

Was die Vorbildhaftigkeit der Demokratie betrifft, so ist festzuhalten, dass seit der Unabhängigkeit im Jahre 1966 ein und die selbe Partei (nämlich die Botswana Democratic Party/BDP) ohne Unterbrechung mit absoluter Mehrheit das Land regiert und alle wichtigen Medien kontrolliert. Auch Mike Dingake, Parlamentsabgeordneter und Führer der Oppositionspartei „Botswana Congress Party“, kritisiert die Vorherrschaft der Regierungspartei unter ihrem Vorsitzenden Festus G. Mogae: „Dieses Land ist mehr oder weniger eine Bananenrepublik! Die Oppositionsparteien haben keinerlei Geldmittel zur Verfügung, um irgendetwas gegen Gesetzesverstöße und verfassungswidrige Maßnahmen der Regierenden zu unternehmen.“ Die BCP hatte sich von der ihrer Meinung nach ebenfalls zu diktatorischen und unflexiblen Oppositionspartei Botswana National Front/BNF abgespalten und bei den Wahlen von 1999 immerhin 12% der Stimmen errungen. Dingake macht auch den mangelnden Zugang zu den Medien dafür verantwortlich, dass nicht noch mehr Wähler bewegt werden konnten, ihm ihre Stimme zu geben. Das politische Informationsdefizit der Bevölkerung sei ziemlich groß.

Dingake relativiert auch die wirtschaftliche und sozialpo-

litische „success story“ seines Landes. Obwohl das Land das zweithöchste Pro-Kopf-Einkommen in Schwarzafrika aufweist, lebt ein Drittel der Bevölkerung Botswanas unter der Armutsgrenze. 17% der schulpflichtigen Kinder haben noch nie eine Schule von innen gesehen, in manchen Provinzen liegt diese Rate sogar bei bis zu 35%. „Unser Volk ist sehr arm, die Leute brauchen Unterkunft, Bildung und Jobs!“ Was Dingake besonders ärgert, ist die Tatsache dass „wir 34 Jahre nach der Unabhängigkeit nicht einmal in der Lage sind, mehr als 20% unserer Grundnahrungsmittel zu produzieren und alles aus Südafrika importieren müssen!“

Aber werfen wir noch einmal einen Blick auf die kolportierte „success story“. Als Botswana 1966 nach 80 Jahren als britisches Protektoratsgebiet seine Unabhängigkeit erlangte, war es, nicht zuletzt auf Grund der eigennützigen Politik der Kolonialmacht, eines der ärmsten und am wenigsten entwickelten Länder der Welt. Die anschließende Periode kontinuierlichen Wirtschaftswachstums, das vor allem durch die reichen Diamantenvorkommen begünstigt wurde, und die recht beachtlichen ausländischen Hilfsleistungen ermöglichten es den Regierungen Botswanas, die physische und soziale Infrastruktur des südafrikanischen Landes erheblich zu verbessern. Botswana konnte dabei nicht zuletzt auf

*) Martin Bolkovac ist Politikwissenschaftler in Wien und bereiste im Sommer Botswana, Namibia und Südafrika.

Grund seiner ohnehin schwachen staatlichen Wirtschaftstätigkeit weitgehend auf die Konditionen, die so vielen Staaten Afrikas und Lateinamerikas von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds aufgezwungen worden sind, verzichteten. Daher waren auch deutliche Verbesserungen bei essentiellen Indikatoren wie Lebenserwartung oder Kindersterblichkeit feststellbar. Trotz fehlender internationaler Vorgaben von USA, IWF und Co ermunterten die konservativen Regierungen Botswanas internationale Konzerne, in ihrem Land zu investieren, und ließen sie die Arbeitsbedingungen ihrer Arbeitnehmer nach ihren Gepflogenheiten regeln, wodurch soziale Ungleichheiten weiter verschärft wurden und werden.

Hunderte Schulen, Gesundheitseinrichtungen und Wasserverteiler wurden nach der Unabhängigkeit errichtet und in Betrieb genommen.

Zwischen 1970 und 1990 konnte die Kindersterblichkeitsrate halbiert werden, die Lebenserwartung stieg im selben Zeitraum von 46 auf 63 Jahre an und die Alphabetisierungsrate verdoppelte sich. Im Human Development Index 1994 wurde Botswana bereits vor Südafrika an höchster Stelle aller subsaharischen Länder platziert. Die Sozialausgaben betrugen Mitte der 90er Jahre bereits 17% des Bruttonationalproduktes, wiesen also immerhin einen höheren Wert auf als beispielsweise die der USA.

Alle diese Daten vermögen aber nicht darüber hinwegzutäuschen, dass gegenwärtig 15% der Bevölkerung an Unterernährung leidet. Die Schere zwischen arm und reich ist groß, ein Drittel der in der Hauptstadt Gaborone leben-

den Menschen müssen ihr Dasein in den Slums von Naledi fristen. Nicht zu unterschätzen ist in diesem Zusammenhang auch das immer noch fortbestehende Gefälle zwischen Stadt und Land. Viele ländliche Haushalte sind in hohem Maße auf Zuwendungen von in der Stadt lebenden Verwandten, sofern diese über ein Einkommen verfügen, oder auf Regierungsprogramme angewiesen. Während der großen Dürreperioden der 80er und frühen 90er Jahre war mehr als die Hälfte der Bevölkerung Botswanas Empfänger staatlicher Nahrungsmittelhilfen, womit diese zu einem de facto permanenten Sozialprogramm wurden. Um eine allzu große Abhängigkeit von diesen Programmen zu vermeiden, versuchte die Regierung, der ländlichen Bevölkerung gleichsam durch Arbeitsprogramme eigene Einkommen zu garantieren, was die Landflucht aber nicht eindämmte. Für den Gesundheitsbereich werden in der Gegenwart knapp über 10% der Sozialausgaben veranschlagt, ein im Vergleich etwa zu den Bildungsausgaben eher geringer Wert. Ein Hauptproblem des staatlichen Gesundheitssystems ist seine Vernachlässigung der Menschen, die in den ärmsten und abgelegenen Regionen des Landes leben. Beispielsweise konnte zwar einerseits eine 100-prozentige Abdeckung mit sauberem Trinkwasser für die Hauptstadt Gaborone erreicht werden, während aber andererseits die Regierung kaum in kleine, entfernt liegende Dörfer investierte, zum Teil aus Angst, durch den starken Trend der Migration in größere Ansiedlungen könnte Geld verschwendet werden. Stattdessen wird sogar versucht, diese Migration ausdrücklich

zu fördern. So sollen Investitionen in der sozialen Infrastruktur ländlicher Regionen ausschließlich für Ansiedlungen mit mehr als 500 Einwohnern getätigt werden.

Die Bildungsausgaben nehmen heute den größten Teil der staatlichen Aufwendungen für Soziales ein (normalerweise liegen diese zwischen 45 und 55%). 1966 war die Qualität der Erziehung dagegen noch sehr schlecht und die meisten Kinder konnten nicht einmal die Grundschule beenden. Nach der Unabhängigkeit wurden rasch Grundschulen, in denen die Kinder sieben Jahre lang unterrichtet werden, in allen Teilen des Landes errichtet, um allen Einwohnern annähernd gleiche Bildungschancen zu ermöglichen. Anfang der 90er Jahre besuchten darüber hinaus bereits über 65% der Kinder eine „secondary school“ (zwei Jahre lang). Kurz zuvor waren die Schulgebühren für diese Schulform gestrichen worden, was auch ärmeren Familien erlauben sollte, alle ihre Kinder in die Schule zu schicken. Mit unterschiedlichem Erfolg. Mittlerweile nehmen jedenfalls schon mehr Mädchen als Burschen eine Schulausbildung in Anspruch, was darauf zurückzuführen sein könnte, dass viele männliche Kinder von ihren Eltern in der Viehzucht, in Botswana eine rein männliche Domäne, eingesetzt werden und daher der Schule fernbleiben. Ins Gewicht fallen hier auch die Drop-out-Quoten durch „Teenage-Mütter“ oder Straßenkinder. Nicht zu unterschätzen sind auch die sozialen Auswirkungen der Seuche Aids. Viele Kinder werden nach der Erkrankung ihrer Eltern zu Halb- oder Vollwaisen, die sich irgendwie durchschlagen müssen. Ein Schul-

besuch ist da freilich das letzte, an was diese dabei denken.

Die ungleiche Einkommensverteilung in Botswana führte seit den 80er Jahren zu wachsenden sozialen Spannungen und Unruhen sowie einem verstärkten Zulauf zur Oppositionspartei BNF bzw. in jüngster Zeit auch zur BCP. Die Kleinbauern protestieren gegen die massive Überweidung des nutzbaren Landes durch die Großgrundbesitzer und die ungerechte Verteilung des Grund und Bodens zugunsten der Reichsten des Landes.

Ein Überdenken der derzeit praktizierten Vernachlässigung gewisser Schichten der Bevölkerung würde in Zukunft jedenfalls eine Verbesserung der Effektivität der einzelnen Sozialleistungen erfordern, nämlich in Form einer Konzentration bestimmter Aufwendungen auf die Ärmsten des Landes. Für eine effektive Gesundheitsvorsorge wäre auch eine Verbesserung des Wissenstandes über richtige Hygiene und des entsprechenden Verhaltens erforderlich. Diesbezügliche Aufklärungen wurden lange Zeit sträflich vernachlässigt. Angesichts der Tatsache, das bereits jeder sechste sexuell aktive Einwohner Botswanas mit dem AIDS-Virus infiziert ist, besteht mehr als dringender Handlungsbedarf seitens des Staates. In der Gruppe der jungen Frauen im Alter von 15 bis 24 ist bereits jede dritte Frau infiziert, was in dieser Altersgruppe der höchste Wert der Welt ist. Werden nicht rasch effektivere Maßnahmen gesetzt, dann wird in einem Jahrzehnt wahrscheinlich auch Botswana von unseren Medien unter den hoffnungslosen sozialen und menschlichen „Katastrophenstaaten“ Afrikas aufgeführt werden. ■

Wehrdienstverweigerung – ein Recht?

was davon bleibt, ist nicht mehr viel ...

Bereits im April 2000 wurde mit den Stimmen der Regierungsparteien eine Zivildienstgesetznovelle beschlossen. Die Zivildienstler bekommen seither nur mehr 3648,- Schilling Pauschalvergütung. Das Recht, die Zuweisung zu beantragen und somit ein gewisses Maß an Lebensplanung zu ermöglichen, ist gefallen. Die nächste Novelle wird – so ist es geplant – mit 1.1. 2001 in Kraft treten. Dazu eine kurze Stellungnahme aus unserer Begutachtung des Gesetzesentwurfes (Wer Interesse an der ausführlichen Fassung unserer Begutachtung hat, kann diese unter argedv@utanet.at anfordern).

Die ARGE für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit lehnt den Entwurf für die Zivildienstgesetznovelle 2001 ab!

Die Regierung setzt klare Schritte, ihre ideologischen Vorstellungen durchzusetzen. Der Entwurf der ZDG-Novelle 2001 zielt auf eine Auslöschung des Rechtes auf Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen ab. Es soll – durch die kürzere Antragsfrist, die geringere Entlohnung und die lange Wartezeit auf die Ableistung – der Zivildienst für viele, besonders ärmere Bevölkerungsschichten, erschwert werden. Gewissensgründe bei der Anwendung von Waffengewalt gegen Menschen sind aber nicht schichtspezifisch. Somit stellt die Zivildienstgesetznovelle eine weitere, deutliche Benachteiligung sozial Schwacher dar.

Bereits mit der Zivildienstgesetznovelle 1996 wurde das Recht auf Aufschub aus Gründen der Berufsausbildung massiv eingeschränkt. Im Zusammenhang mit der im Juni 2000 in Kraft getretenen Novelle, dem Zivildienstpflichtigen wurde das Recht auf Zuweisung binnen Jahresfrist genommen, bedeutet das einen unzumutbaren Eingriff in die Lebensplanung. Der einzelne Zivildienstpflichtige muss mit einer Wartezeit auf die Ableistung des Dienstes von bis zu vier Jahren rechnen. In dieser Wartezeit ist es schwer eine geregelte Berufstätigkeit aufzunehmen. Das so entstehende „Berufsverbot für Zivildienstler“ ist eine klare Einschränkung des Grundrechtes auf Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen.

Deutlich kommt das unerhörte Ansinnen zum Vorschein, StaatsbürgerInnen Pflichten aufzuerlegen, ohne ihnen damit korrespondierende Rechte gegenüber dem Staat einzuräumen. Im gegenständlichen Fall werden im Lichte der Grund- und Freiheitsrechte besonders sensible persönliche Dienstleistungen verlangt, die Verantwortung für die existenzielle Sicherheit der Verpflichteten jedoch verweigert und auf diese selbst und deren Angehörige und die Sozialhilfeträger (die Länder) abgewälzt. Für die Zivildienstler bedeutet das, sie müssen den Zwangsdienst leisten,

der Staat übernimmt aber nicht die Versorgung. Die Zivildienstler müssten das Risiko der Unterversorgung bei Pauschalvergütung, Verpflegung, Bekleidung, Reinigung und Versicherung selber tragen, ohne sich einen anderen „Arbeitgeber“ auswählen zu können.

Das im Vorblatt des Gesetzesentwurfes formulierte Problem – geringeres Budget und lange Wartezeit auf den Dienst – wird nur einseitig gelöst. Die Auslagerung der Kosten des staatlichen Zwangsdienstes bringt dem Innenministerium zwar ein paar Millionen, die das Bundesheer wieder ausgeben darf (siehe unten). Die Situation der wartenden Zivildienstpflichtigen wird aber mit der ZDG-Novelle 2001 massiv verschärft. Statt einem Abbau, wird die Anzahl an wartenden Zivildienstpflichtigen weiterhin steigen. Die einzige Hoffnung bzw. Absicht der verantwortlichen PolitikerInnen kann darin bestehen, daß in Zukunft weniger Wehrpflichtige eine Zivildiensterklärung (fristgerecht) abgeben.

Wir fordern unter anderem, eine deutliche Verkürzung des Dienstes auf acht Monate und die Wiedereinführung des Rechtes auf Zuweisung binnen Jahresfrist – oder wir schaffen den Zwangsdienst gleich ab!

Bundesheer darf prassen – Zivildienstler müssen darben!

Alle sollen sparen, meint zumindest die Bundesregie-

rung. Das Bundesheer muß nicht sparen, für die Träume der Offiziere ist der Regierung nichts zu teuer.

Für das Bundesheer werden Kampfhubschrauber um 2,9 Milliarden Schilling gekauft. Ursprünglich waren nur 2,4 Milliarden vorgesehen (Der Standard berichtete in seiner Ausgabe vom 7./8. Oktober 2000). Diese halbe Milliarde ist für das Bundesheer leicht aufzutreiben, während im Sozialbereich jeder Schilling fehlt!

Zum Beispiel wird nach dem Plan der Regierung das Budget für den Zivildienst halbiert (von ca. 880 Millionen Schilling 1998 auf knapp 400 Millionen Schilling 2001). Im Entwurf zur Zivildienstgesetznovelle werden Einsparungen für zivile Dienste in etwa in der selben Höhe veranschlagt, wie die Preissteigerung bei ein paar Kampfhubschraubern ausmacht.

Wenngleich wir ohnehin der Meinung sind, daß Österreich keine Kampfhubschrauber (und kein Bundesheer) bräuchte, müssen wir trotzdem kritisieren, daß im Ministerium für Landesverteidigung mit den Milliarden locker umgegangen wird. Soll doch bereits 2001 ein Beschluß über neue Kampfflugzeuge getroffen werden. Und wir können uns sicher sein, das Geld kommt wieder über ein schönes Sparpaket durch erzwungene Enthaltensamkeit bei den sozial Schwachen zustande.

Wir essen nicht mit Gabel und Messer...

Böser und politischer denn je kommt die neue CD von Österreichs ältester und wildester Polit-Punk-oderwasauchimmer-Band daher. Schuld daran ist jedoch nicht nur die seit über 30 Jahren existierende Formation um Stefan Weber, sondern auch – und besonders – die politische Lage in Österreich. „Wir mußten diese Platte einfach machen“ so Stefan Weber. „Es gab Stimmen, die meinten, wir sollen es sein lassen. Aber uns war es immer ernst mit unseren politischen Ansagen, auch wenn das im Chaos der Live-Spektakel manchmal unter-

ging. Wenn man als Steinzeitkommunist, Staatskünstler und Fäkalart ist jetzt nicht den Mund aufkriegt, wann dann?“

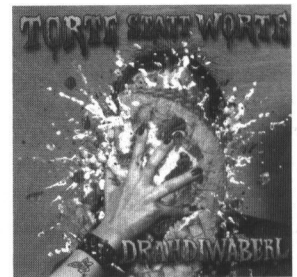
Der Plattenfirma war die CD denn schließlich auch zu politisch, denn schließlich kann es im FP-regierten Österreich teuer werden, die FPÖ zu scharf zu kritisieren. Und so befand nach der Fertigstellung der CD ein Team von Firmenanwälten, daß die CD mit dem Lied „Schulterschuß“ unmöglich ausgeliefert werden könnte, da in diesem Lied einige FPÖ-PolitikerInnen äußerst konfrontativ erwähnt würden und deshalb eine Klage zu befürchten wäre.

Was von der CD übriggeblieben ist, ist trotzdem noch sehr hörens Wert und immer noch alles andere als unkritisch. Mit Titeln wie „Torte statt Worte“, „Bussibär 2000“ oder „Liebe im Schnee“ fallen Drahdwaberl immer noch über alles her, was „echten Österreichern“ heilig ist, und wer die inkriminierte Nummer trotzdem hören will, kann dies nicht nur auf den Konzerten von Drahdwaberl tun, sondern diese auch im Internet herunterladen:

<http://members.tripod.de/dumpsti/Schulterschluss.mp3>

... mit Hammer und Sichel gehts viel besser – meinen Drahdwaberl auf ihrer neuen CD „Torte statt Worte“.

VON THOMAS SCHMIDINGER



Drahdwaberl Music
Best.Nr.: 7243 8503082
Vertrieb: Virgin

Armeeabschaffungsw Wein

Preis pro Flasche/für Mitglieder der ARGE oder ab 12 Flaschen

Weinbau Walter Zehetmayer, Feuersbrunn, NÖ

___ Flaschen	WEINVELTLINER	Grüner Veltliner, trocken, Qualitätswein gerebelt	55,-/45,-
___ Flaschen	WEINZWEIGELT	Zweigelt, trocken, Qualitätswein gerebelt	55,-/45,-

Weinbau Walter und Gabriele Mühlegger, Soss, NÖ, Ernte für das Leben

___ Flaschen	WEINCHARDON	Chardonnay, trocken, fruchtig	100,-/90,-
___ Flaschen	WEINRIESLING	Riesling-Sylvaner, unkomplizierter, leichter Weißwein	95,-/85,-
___ Flaschen	WEINPINOTNOIR	Pinot Noir, kräftiger, säurebetonter Rotwein	100,-/90,-
___ Flaschen	WEINBLAUER	Blauer Portugieser, milder, samtiger Rotwein	95,-/85,-
___ Flaschen	WEINSTEFANIE	Cuvée Stefanie, Qualitätssekt aus Welschriesling und Grünem Veltliner	200,-/190,-
___ Flaschen	WEINROSE	Cuvée Rosé, Qualitätssekt, Grundlage Blauer Portugieser	200,-/190,-
___ Flaschen	WEINGLÖGER	Glögerbrand, Destillat aus Hefe und Fruchtanteilen nach der Gärung	210,-/195,-

Plaimont Producteurs, St. Mont, Frankreich

___ Flaschen	WEINPLAIMONT	Plaimont Sélection, fruchtiges, unkompliziertes Rotwein-Cuvée	90,-/85,-
--------------	--------------	---	-----------

Bei Versand: zuzüglich 20% Versandkosten

T-Shirts, Präserlⁿ, Feuerzeuge, Anstecker

Einzelpreis

___ Stück	TSHIRTASYL XL	T-Shirt „Asyl für Deserteure“, XL	120,-
___ Stück	TSHIRTASYL XXL	T-Shirt „Asyl für Deserteure“, XXL	120,-
___ Pkg.	PRÄSERL	Präserl „Keine Soldaten für das Bundesheer“, 2 Stück	20,-
___ Stück	FEUERZEUG	Feuerzeug „Bundesheer abschaffen“	20,-
___ Stück	ANSTECKER	Anstecker „Zerbrochenes Gewehr“	25,-

☐ Ich interessiere mich für die **Friedenssteuer** – senden Sie mir den Faltprospekt mit näheren Informationen zu!

Das Abo-Geschenk

NeuabonnentInnen erhalten – so lange der Vorrat reicht – eines der beiden nachstehenden Bücher. Rasch bestellen und Geschenkwunsch ankreuzen!



Ernst Lohoff: **Der Dritte Weg in den Bürgerkrieg** Jugoslawien und das Ende der nachholenden Modernisierung



Christian Geissler: **Kamalatta** Ein sperriger, hochpoetischer, provokanter, üppig erzählter, konsequenter Zeitroman.

Die Abo-Bedingungen

Das **Context XXI**-Abonnement kann jederzeit schriftlich bestellt werden und beginnt mit der nächsterreichbaren Ausgabe. Das Abonnement gilt für den Rest des laufenden Jahrganges und für den darauffolgenden Jahrgang. Früher erschienene Hefte können – falls noch lieferbar – einzeln bestellt werden (Bestellschein unten). Das Abonnement gilt als um ein weiteres Jahr (8 Ausgaben) verlängert, wenn es nicht bis spätestens 15. Dezember schriftlich gekündigt wird. Die Kündigung ist nur zum Ende eines Jahrganges möglich. Das Abonnement ist gegen Rechnung im voraus zahlbar.

Das Probeabo: Sie erhalten die nächsten drei Ausgaben gratis zugesandt. Danach werden wir uns wieder an Sie wenden und Sie zu einer Fortsetzung des Bezugs im Normalabo einladen.

Preise:

Österreich:	250,-	ATS
Ausland:	350,-	ATS
Übersee:	450,-	ATS
Förderabo:	700,-	ATS



Seit der Nummer 3-4/2000 von **Context XXI** arbeitet auch die **Ökologische Linke (ÖKOLI)** an dieser Zeitschrift mit und wird ihre Zeitschrift **radiX** nach Erscheinen der letzten Nummer im September in **Context XXI** überführen.

Gemeinsam soll eine bessere Zeitschrift entwickelt werden, als die beiden Teile es waren. Als Gruppe bleibt die **ÖKOLI** aber eigenständig aktiv und wird auch weithin mit eigenen Aussendungen, Flugblättern und Veranstaltungen an die Öffentlichkeit treten. Wer Flugblätter, e-mail-Aussendungen,... will oder einfach mit der **ÖKOLI** in Kontakt treten will kann dies unter folgenden Adressen tun:

Ökologische Linke Wien • Postfach 28 • A-1153 Wien • e-mail: oekoli_wien@gmx.net • <http://www.oekoli.cjb.net>
Ökologische Linke Vorarlberg • Postfach 73 • 6800 Feldkirch • e-mail: oekoli.vlb@mx.li

Bestellschein bitte senden (faxen) an: Bureau No.2, Schottengasse 3a/1/4/59, A-1010 Wien, Fax: ++43-1/532 74 16

Die Abo-Bestellung

Ich bestelle hiemit ein

- ☐ Abonnement
- ☐ Förderabonnement
- ☐ Probeabonnement

der Zeitschrift **Context XXI**
ab der nächsterreichbaren Ausgabe.

Als Abo-Geschenk

wähle ich folgendes Buch:

- ☐ Geissler: **Kamalatta**
Roman
- ☐ Lohoff: **Der Dritte Weg in den Bürgerkrieg**

ConInfo – Mailinglist

- ☐ Ich bin AbonnentIn oder bestelle nebenstehend ein Abo und möchte in die Mailinglist **ConInfo** aufgenommen werden.

Meine e-Mail-Adresse:

Einzelhefte, Broschüren, T-Shirts, CDs ...

Einzelpreis

___ Stück	ZOOM0000	ZOOM-Heft(e) Nr.	35,-
___ Stück	CON0000	Context XXI-Heft(e) Nr.	35,-
___ Stück	ZOOM97045	Broschüre: Ratgeber Wehrdienstverweigerung – Zivildienst u.a.	50,-
___ Stück	ZOOM98067	Broschüre: Europa 2001 – Odyssee im Weltmarkt	70,-
___ Stück	ZOOM96045	Broschüre: Es muß nicht immer GLADIO sein – Attentate, Waffenlager, Erinnerungslücken ..	70,-
___ Stück	ZOOM97012	Broschüre: ImmerWEHrend – NATO-Integration, Neutralitätsbrüche, Militarisierung	70,-
___ Stück	CDEUROPA	CD: Etwas besseres als Europa	80,-
___ Stück	TSHIRTKEIN SK	T-Shirt Kein Mensch ist illegal, schwarz, Aufdruck klein ☐ L ☐ XL	120,-
___ Stück	VERGRIFFEN	T-Shirt Kein Mensch ist illegal, schwarz, Aufdruck groß	120,-
___ Stück	TSHIRTKEIN BK	T-Shirt Kein Mensch ist illegal, blau, Aufdruck klein, Größe XL	120,-
___ Stück	VERGRIFFEN	T-Shirt Kein Mensch ist illegal, blau, Aufdruck groß, Größe XL	120,-

Besteller/in:

Datum:



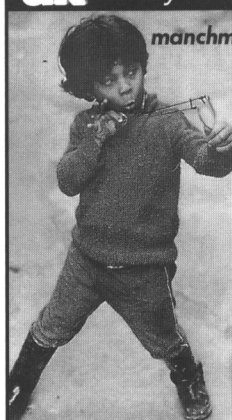
Orange 94,0 – Das Freie Radio in Wien
**Das Orange 94,0-Abo – Freies Radio unterstützen,
 Medienvielfalt sichern mit einem**

Basis Abo ATS 400,-
 Förder Abo ATS 800,-
 Aufbau Abo ATS 1.200,-

Bankverbindung: PSK (PLZ 60.000) Kto. 93 047 472

Abo: service@orange.or.at Info: office@orange.or.at
www.orange.or.at

ak analyse & kritik Zeitung für linke Debatte und Praxis



manchmal treffen wir auch ins Schwarze

Probeexemplar anfordern
 oder Schnupperabo bestellen:

3 mal ak für 10 DM*

* Schein/Scheck beilegen! Verlängert sich zum Jahresabo,
 wenn nicht nach Erhalt der zweiten ak gekündigt wird.

Jetzt abonnieren: Wer ein Jahresabo bestellt
 oder vermittelt, bekommt eine akArchiv-CD
 geschenkt. Sie enthält fast 4.000 Artikel der
 Jahrgänge von 1993 bis 10/1999.

ak analyse & kritik

erscheint vierwöchentlich, 36 Seiten, Zeitungsformat
 Einzelpreis: DM 7,50 (Jahresabo: DM 90,-)

ak - analyse & kritik · Rombergstr. 10 · 20255 Hamburg · www.akweb.de
 Tel.: 040-40170174 · Fax: 040-40170175 · E-mail: ak-Redaktion@cl-hh.comlink.de



K.: B.H.

Treffsicher

nimmt die schwarzblaue Regierung SchülerInnen, Studierende,
 ArbeiterInnen, Erwerbstätige, Arbeitslose und PensionistInnen ins
 Visier. Dies alles ist aber kein Versehen sondern politische
 Zielstellung. Die schwarzblaue Regierung setzt die neoliberale
 Politik des Sozialabbaus der ehemaligen SPÖ-ÖVP-Regierungen in
 neuer Radikalität fort.

Der Sozialstaat ist finanzierbar

...wenn die Steuerschulden der Unternehmer!
 ...wenn Profite und Vermögen wie im EU-Durchschnitt versteuert
 werden!
 ...wenn das Privatstiftungsgesetz aufgehoben wird!
 ...wenn der Steuersatz für Spitzenverdiener, jene die mehr
 1.000.000 brutto pro Jahr verdienen, angehoben wird!

Gegen Sozialabbau und Rassismus!

KPO

<http://www.kpoe.at>

AUTOMATisch

Fanzine für Politik und Gegenkultur
 in Vorarlberg



aktuelle politische Artikel
 Konzertberichte
 Interviews
 Comic
 „Blick nach Rechts“
 usw.

ca. 40 - 50 Seiten

Erhältlich gegen 20.- Öschis/Ausgabe im Kuvert bei:
 Kulturverein Sägefisch
 Postfach 10
 A - 6922 Wolfurt
 Österreich
 (kvsaegefisch@hotmail.com)



Nr.4 (Frühjahr 2000) mit: Widerstand in Vorarlberg,
 Polizeiübergriffe, Kosovo-Krieg, Echelon und Enfpopol usw.

Nr.5 (Herbst 2000) mit: IWF/Weltbanktreffen in Prag, Vorsicht
 Überwachungsstaat!, EXPO, EKH-Tour in Bregenz/FPO, SKA,
 Chaostage 2000, Rassistische Polizei/Justiz, Burschenschaften u.a.

oo oo

kultur
 risse

Die intellektuelle
 Konterrevolution

Kulturrisse
 Zeitschrift für
 radikaldemokratische
 Kulturpolitik

Oppositionen,
 Kulturpolitiken,
 Kunstpraxen,
 Kosmopolitiken.

aktuelle Ausgabe:
 Die intellektuelle
 Konterrevolution

Abo (4 Ausgaben): 250.-
 IG Kultur Österreich
 Viktorg. 22/8, 1040 Wien
 Tel. 01/5037120
 office@igkultur.at

Diese Zeitschrift **ist** ein Radioprogramm

Ab sofort mit festem Sendeplatz bei **ORANGE 94,0** in Wien und **HELSINKI 92,6** in Graz:

jeden Montag von 13⁰⁰ bis 14⁰⁰ Uhr

Das genaue Programm erfahren Sie in unserem Internet-Medium sowie als AbonnentIn, wenn Sie unsere Mailinglist **ConInfo** subskribiert haben (Formular auf Seite 30 sowie in unserem Internet-Medium).

Diese Zeitschrift **ist** ein Internet-Medium

und als solches wahrscheinlich eine der besten und brauchbarsten gesellschaftskritischen Text- und Tondatenbanken weit und breit. Sie finden unter

<http://contextXXI.mediaweb.at>

sämtliche Texte der Print-Ausgabe von **Context XXI**; die **Context XXI-Anabase** mit selbständigen Textsammlungen und Projekten; Archive der Zeitschriften *Streifzüge*, *Weg und Ziel*, *radiX* und *ad hoc*, sämtlich durch eine Volltextsuche, Inhaltsverzeichnisse und ein Themenregister erschlossen; die **Context XXI**-Radiosendungen zum Anhören mittels *RealPlayer*; zahlreiche nützliche Links zu schnellen, aktuellen und langsamen, intellektuellen alternativen oder sonstwie anständigen Medien; Online-Bestellmöglichkeiten für Abos und Einzelhefte; Mediadaten und Anforderungsmöglichkeit für Ansichtsexemplare.

Diese Zeitschrift **dient nicht** der staatsbürgerlichen Bildung

gemäß Beschluß des Ministerrats vom 25. Oktober 2000,

mit dem die Förderung gemäß Publizistikförderungsgesetz unter Hinweis auf dessen § 7 Abs. 1 Z 3, die da lautet: „...ausschließlich oder vorwiegend Fragen der Politik, der Kultur oder der Weltanschauung (Religion) oder der damit zusammenhängenden wissenschaftlichen Disziplinen auf hohem Niveau abhandeln, sich nicht ausschließlich an ein Fachpublikum wenden und dadurch der staatsbürgerlichen Bildung dienen“, verweigert wurde. Dieser Service wurde allerdings schon durch die vormalige Bundesregierung im Jahr 1995 abbestellt. Warum wir ihn für die derzeitige gratis erbringen sollten, sehen wir erst recht nicht ein. Daher, liebe Lesende:

Diese Zeitschrift, dieses Radioprogramm, dieses Internet-Medium **lebt** allein *für* und *von* Euch!

Als was auch immer Ihr, liebe Lesende, Euch und andere bilden wollt: Wir können dazu

1. überhaupt und
2. nur in dem Umfang

Medien bereitstellen, in dem Ihr es uns ermöglicht. Dafür sind folgende Maßnahmen erforderlich:

- 1. Mehret Euch! Bestellet und werbet Abonnements –
verheimlicht in Diskussionen nicht, wo Ihr was gelesen und gehört habt!**
- 2. Spendet, so Ihr könnt: Bureau No. 2, Kto.Nr. 0521-07281/00
bei Creditanstalt (BLZ 11.000)**

Es gibt keine Öffentlichkeiten – es sei denn, wir bilden sie!